

Wochenschrift für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Dresdner 2
Fernsprech-Ausschiff: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142,
Postleitzahl: Postleitzahl Dresdner 2

Anzeigenpreis: 10 Pfennige für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien;
12 Pf. auswärts 15 Pf. Wohnung unter Teg.,
60 Pf. Siedlungsgebiete 10 Pf. Komiteeangelegen, Siedlungsgebiete, Versammlung,
Wort 5 Pf. das Seite Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis spätestens 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition
Blattstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Frankreich bleibt links.

Die französischen Gemeindewahlen.

Erfolge des Linksbloks.

Paris, 4. Mai. (Eigener Drahlbericht.) Die französischen Gemeinderatswahlen, die am Sonntag in rund 200 Gemeinden des Landes, die Entscheidung über die Bevölkerung von etwa 430 000 Gemeinden fielen, sind im ganzen ruhig und mit wenigen Ausnahmen ohne gewaltsame Verläufe. Zu einem blutigen Zusammenstoß, bei dem es mehrere Tote und Verwundete gegeben hat, ist es lediglich kommt gekommen und in Aouatz hat ein kommunistischer Kandidat im Laufe eines Wortwechsels einen politischen Gegner schallend niedergeschossen.

Da die Kompliziertheit des Wahlsystems zahlreiche Stichwahlen erforderlich macht und da außerdem die Anzahl der Kandidaten die Feststellung der genauen Ziffern erschwert, so ist bisher vollständig nur die Ergebnisse auszuräumen. Hier sind nahezu sämtliche auscheidenden Gewinnerkandidaten entweder wieder gewählt worden oder in ausreichende Stichwahlen gekommen, so daß die Zusammensetzung des Pariser Stadtrates keine wesentliche Veränderung erfahren hat, sondern insofern der Befürchtungen zum Nachteil der volkstreichen Vorstädte der Nationale Blok von 60 Sitzen erfüllt hat. Die Zahl der abgegebenen Stimmen dagegen weist einen unerwartet starken Rückgang zu Gunsten der Sozialisten auf, während der Rechtsblock und vor allem die Kommunisten stark zurückgegangen sind. In der Pariser Banlieue ist das Charakteristische der Zahl die geradezu verblüffende Niederlage der Kommunisten, denen die Liste des linken Kartells eine große Zahl von Sitzen abgewinnen vermocht hat. So hat unter anderem nicht weniger als 100 Sitze an das Unparteiische verloren.

In der Provinz aus der bisher nur vereinzelt Teile gebündneten Partei liegen, ist der Sieg des Kartells der Linken ganz auffallend gegenüber der vernichtenden Niederlage, die Blätter der Opposition dem Kartell vorausgesagt haben. Das Land hat sich ein zweites Mal für das Linkskartell entschieden und damit das Ergebnis des 11. Mai 1924 in glänzender Weise bestätigt. Das Linkskartell hat nicht eine einzige Stadt gewonnen, dagegen eine ganze Anzahl großer Städte, wo bisher der Nationale Blok geherrscht hat, gewonnen, darunter Orleans, Toulouse, Calais, Orléans und Lyon, es die letzten gewaltigen Anstrengungen gemacht hat, um mit dem Kartell Herrriot, den Oberbürgermeister der Stadt, selbst zu bringen, hat dieses einen beträchtlichen Stimmenzuwachs erzielt.

Diese Teilergebnisse sind günstiger als nach der deutschen Hindenburgwahl und ihrer ausschlaggebend in der französischen Presse zu hoffen war. Wir wollen jedoch die vollständigen Ergebnisse abwarten, ehe wir Rückschlüsse auf die französische Regierungspolitik ableiten suchen.

Was wird in Belgien?

Brüssel, 3. Mai. (Eigener Drahlbericht.) Vier Wochen später nur die belgische Regierungskrise, und noch ist kein Ausblickbar. Nach dem Erfolg Bandenvelde verfügte zwei katholische Politiker die Regierung zu bilden: der katholisch-konservative Führer Bandenvelde, der den Vertrag sofort als ungültig ausgab, und der frühere katholische Ministerpräsident Broeckx, der nach einer Woche Benützungen nun tatsächlich seinen Auftrag zurückgegeben musste. Die Beauftragung Broeckxes war de facto eine Herausforderung der Sozialisten; er war überhaupt nur unter dem Eindruck der Wahl in Hamburgs denkbar. Denn obwohl dieser Politiker gerade wegen seiner Überzeugungstreue bekannt ist und dementsprechend bereit wäre, demokratisch wie sozialistisch zu regieren, so sind doch vor allem seine persönlichen Neigungen stark militärisch und deutlich feindlich. Daß es ihm trotz wachsender Krisenmüdigkeit aller Parteien nicht gelungen ist, eine Mehrheit zusammenzubringen, ist mehr ein erfreuliches Zeichen. Broeckx scheint bei den liberalen Demokraten Vertrauen gefunden zu haben, und auch bei liberalen Grünen, die schon auf dem Grund standen, ihn zu wohlwollenden Neutralität zu verheißen, mühten angeblich mehr linksorientierte Haltung des liberales Parteienkaders im letzten Augenblick die Gefangen zu lassen. Das hat wohl ein Ausblick gegeben. Was jetzt werden soll, weiß ein Mensch. Vielleicht wird versucht, ein außerparlamentarisches Geschäftsministerium zu bilden, dessen Deinen natürlich dem Zulau ausgelegt wäre. Mehr und mehr wird aber doch erkannt, daß es als leichter Ausweg nichts anderes übrig bleibt, wie vielleicht in etwas verändertem Form, zu der ursprünglichen politischen Auffassung zurückzukehren und auf die in der Kammer bestehende sozialistisch-demokratische Mehrheit einzugehen. Man spricht namentlich von der Möglichkeit, den sozialdemokratischen Arbeitsminister Schöffen mit der Regierungsbildung zu betrauen, der versuchen würde, die Sozialisten zur Mitarbeit zu gewinnen.

Ein wichtiger Punkt. An Stelle des verstorbenen permanenten Staatssekretärs im britischen Außenministerium, Sir William Trevelyan, ernannt. Der neuernannte war schon bisher einer der einflussreichsten Beamten des englischen Auswärtigen Amtes.

Wieder ein Umschwung des Hindenburgblocks.

Er schlägt den Entwurf des Internationalen Arbeitsamtes.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages hatte sich am 2. Mai mit vier Vorlagen der Reichsregierung betreffend die Ratifizierung internationaler Vereinbarungen zu beschließen. Die von den Reichsministern Dr. Stresemann und Dr. Brauns unterzeichneten Vorlagen betreffen: 1. die Erweiterung des Bevölkerungsrats des Internationalen Arbeitsamtes, 2. das Washingtoner Abkommen über die Arbeitslosigkeit, 3. das Generale Uebereinkommen über die Stellenvermittlung für Seeleute, 4. das Generale Uebereinkommen über das Kooperationsrecht der Landarbeiter und die Geschäftigung der Landarbeiter bei Arbeitsunfällen.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gab einleitend einen historischen Rückblick über die bisherige Teilnahme Deutschlands am Internationalen Arbeitsamt und bewußt vorbereitet die Annahme der Vorlagen. Wissenshaft trat der Hindenburgblock in Aktion. Die Abgeordneten Thiel (D. P.) und Lambeck (Drot.) weiteren in der üblichen Weise gegen das Internationale Arbeitsamt und seinen Direktor Thomas. Um diesmal von deutscher Seite den nötigen Druck ausüben zu können, brachten die beiden genannten Parteien in Gemeinschaft mit der Baerischen Volkspartei den Antrag ein, die Abstimmung über die Ratifizierung der Vorlagen aufzuschieben, bis das Internationale Arbeitsamt hinsichtlich eines vermeintlichen Einflusses Deutschlands in den Organen der internationalen Arbeitsorganisation, der Führung der deutschen Sprache als Festsprache und einer vorwiegenden Einstellung deutscher Beamter die Bedingungen des Hindenburgblocks erfüllt seien.

Gemeine Wahrheit berichtet darüber, daß die bisherige Haltung der deutschen Reichsregierung und der Reichsarbeitsminister nicht dazu beigetragen hätten, das Vertreten der öbrigen Mitgliedsstaaten im Internationalen Arbeitsamt für uns zu gewinnen. Er erinnerte an die häufige und ungenügende Beitragszahlung von Deutschland und an die Tatsache, daß von deutscher Seite bisher noch nicht ein einziges der internationales sozialpolitisches Uebereinkommen ratifiziert worden sei. Wohl aber hätte der Vertreter der deutschen Regierung auf der Genfer Konferenz im Juni 1924 den Unwillen aller Anhänger des Hindenburgblocks hervorgerufen. Nach Erleben (Dent.) läßt an der Haltung der Reichsregierung in Genf Karlsruhe Kritik. Das Zentrum brachte einen Antrag ein, den Bund Deutschlands nach verstärktem Einfluß im Arbeitsamt in einer Entscheidung auszusprechen, im übrigen aber den vorgelegten Entwurf zu stimmen.

Im Verlauf der weiteren Aussprache erklärte Aufhäuser für die Sozialdemokratie: Eindeutig müßte der Antrag der Rechtspartei auf Hinauschiebung der Ratifizierung als eine leere Demonstration angesehen werden in der Erwartung, daß die außerhalb der Regierung stehenden Parteien die Abstimmung ablehnen, oder die Regierungsparteien hätten so einige Bedenken, daß sie die Verantwortung für die Vorlagen ihrer eigenen Regierung nicht tragen könnten. Angefechtet wurde auch außenpolitisch großen Tragweite müßten die Sozialdemokratischen Abgeordneten die Beratung der Einführung über alle vorliegenden Anträge verlangen, damit die Fraktion inzwischen eine Position nehmen könne. Nun bestand für die Rechtspartei „die Gefahr“, daß ihr eigener Antrag bei etwaiger Stimmenmehrheit der Sozialdemokratie angenommen werden würde. Das Zentrum hatte sich durch seine Sprecher, Abg. Esser und Frau Leusch, auf die Auffassung der Sozialdemokratie angelehnt. Da begann der große Umschwung des Hindenburgblocks in Stappen. Zunächst erklärte Moldenhauer (DBP), daß angesichts der Tatsache, daß seine Partei keine Mehrheit im Ausfahrtende habe, dann erhob sich Abg. Schirmer von der Baerischen Volkspartei und meinte, er habe sich überzeugt, daß der von den Rechtsparteien vorgeschlagene Weg, Druck auf das Internationale Arbeitsamt auszuüben, doch nicht richtig gewesen sei, er ziehe es daher lieber, seine Unterstützung von dem Antrag einzutauschen. Die Herren Lambeck und Thiel hielten neue Reden, ergrößerten aber immer noch, in der gleichen Richtung umzufassen. Die Abstimmung nahm Abg. Höch (Spd.) erklärte nochmals, daß seine Fraktion, falls der Antrag Thiel-Lambeck nicht sofort zurücksiegen würde, sich der Stimme enthalten müßte. Nun sprang Lambeck auf, womit er auf die Sozialdemokratie, die es den Regierungsparteien erschwerte, von den eigenen Vorlagen abzuspringen. Auch er ziehe jedoch seine Unterstreichung vom Antrag zurück. Die noch verbliebene Deutsche Volkspartei erklärte schließlich ebenfalls und unter dem Gefüge des ganzen Ausschusses, daß auch sie nun den Antrag zurückziehe. Damit war die große Aktion des Hindenburgblocks gegen das Internationale Arbeitsamt in einer Stunde erledigt. Die vier Abstimmungen waren sämtlich einstimmig angenommen. Nur so weiter!

Die Internationale Waffenhandels-Konferenz wird am Montag in Genf öffnet. Auf ihr sind 41 Staaten, darunter sämtliche europäische Großstädte mit Ausnahme Russlands vertreten. Die Konferenz erhält ihre besondere Bedeutung durch die Teilnahme Amerikas, dessen Delegationsführer Burton, einer der prominentesten amerikanischen Politiker und Anhänger des Wilsonbündnisblocks, ist. Die Hauptaufgabe der Konferenz ist die Unterbindung des illegalen Waffenhandels und die Schaffung internationale Organisationen, die die Erstaunlichkeiten des privaten Waffenhandels in der ganzen Welt kontrollieren sollen. Der Völkerbundstat ist erkannt zum Vorsitzenden Graf Moltke (Belgien). Französischer Delegationsführer ist Genosse Paul Boncour.

Bor der Entscheidung in Preußen.

Der Preußische Landtag hat in der vorigen Woche noch einmal die Frage der Regierungsbildung in Preußen in einer ausgiebigen mehrstündigen Debatte erörtert. An diesem Freitag wird die Entscheidung darüber fallen, ob die von den Parteien der Weimarer Koalition getragene Regierung sich auf das Vertrauen einer Landtagsmehrheit zu stützen vermag. Veragt der Landtag der Regierung das Vertrauen, so wird der Ministerpräsident Genosse Braun von seinem Recht der Landtagsauflösung mit Zustimmung des Landtags- und Staatsratspräsidenten Gebrauch machen und an das Volk appellieren. Den Regierungs- wie Oppositionsparteien ist die klare Sachlage bekannt. Sie wissen, daß Misstrauensvotum Landtagsauflösung bedeutet. Die Kommunisten, Wirtschaftspartei und Volkspartei haben Muße, sich zu überlegen, ob sie in irgend einer, ihnen überlassenen Form der Regierung das Weiterbestehen und die Arbeitsmöglichkeit sichern oder einen für sie äußerst lustreichen Wahlkampf führen wollen.

Wir Sozialdemokraten haben keine Vereinbarung, nach einem Wahlkampf zu drängen, der — als der fünfte innerhalb eines Jahres — unvermeidbare Verzögerungen im organisatorischen Neuaufbau unserer Partei mit sich bringen würde, haben aber, falls es nötig wird, allen Grund zu freudiger Zuversicht auf Errichtung des durch ihn zu erstrebenden unmittelbaren Ziels: den deutsch-national - volksparteisch - völkisch - kommunistischen Block im preußischen Landtag in die Minderheit zu bringen. Die Wahlkämpfe des letzten Jahres haben die Prozentzahl unserer Anhänger von 20 über 26 auf 29 Prozent der abgegebenen Stimmen gehoben; wir brauchen nicht davon zu zweifeln, daß wir in dieser Richtung fortfahren werden.

Die Debatte der letzten Woche hat über die Stellung der Parteien volle Klarheit verbreitet. Sie hat gezeigt, daß das Zentrum nicht beabsichtigt, eine Rechtschwärzung zu vollziehen, und der Volkspartei in ihrem Bemühen, den Deutschen Nationalen auch in Preußen zur Macht zu verhelfen, nicht behilflich sein will. Sie hat weiter bewiesen, daß bei der Deutschen Volkspartei, ungeteilt der Hartnäckigkeit, mit der sie weiterhin in einer unsachlichen Oppositionsstellung zu ihren früheren Koalitionsgenossen verhaftet, die Stimmung nach der Wahl Hindenburgs ungefähr mit den Wahlen zu kennzeichnen ist: „Wehe uns, wir haben gesiegt.“ Nachdem die Taktik des Herrn Dr. Stresemann im Reich der Deutschen Volkspartei an Stelle der erwarteten Herrschaft eine Reihe von Niederlagen mit einer starken Minderheit ihres Einflusses ausgetragen hat, scheinen doch in der Landtagsfraktion dieser Partei berechtigte Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Durchführung dieser Politik des Selbstmordes in Preußen entstanden zu sein. Solche Bedenken atmete vor allem auch die Rede des früheren volksparteilichen Finanzministers Dr. v. Richter, die über dem Niveau stand, auf dem sich die volksparteilichen sogenannten Führer von Campe, Stendel und Genossen in den letzten drei Monaten zu bewegen pflegten.

Im ganzen kann man also die politische Lage und ihre Auswirkungen für uns in Preußen in jedem Falle durchaus günstig beurteilen. Freilich hätte der Sieg des Hindenburgblocks am 26. April uns zunächst über alle Schwierigkeiten in Preußen hinweggeholfen. Auf der anderen Seite aber hat der Sieg Hindenburgs keineswegs vermocht, die Vorteile, die uns das Wahlergebnis des 29. März in die Hand gegeben hat, vollkommen wieder auszugleichen. Die Regierung sollte jetzt einen personalpolitischen Schritt unternehmen, zu dem sie sich vorher nicht entschlossen hatte. Sie gab in der Sitzung des Genossen Gräfinst in Berliner Polizeipräsidium einen geschäftlichen und energischen Leiter und bestellte damit eine Stelle von herausragender Wichtigkeit in der Reichshauptstadt mit einem Sozialdemokraten. Herr von Hindenburg wird nicht nur in die Hand eines sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten den Treuhand auf die Verfaßung schwören, sondern auch unter dem Sitz eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten in Berlin einsieben.

Se mehr die Wogen des Wahlkampfes verrauschen, um so mehr nehmend für den Verballhorn die politischen Organe wieder das richtige Verhältnis zu einander einzufinden. Reichstag und Landtag in ihrer Bedeutung für die politische Entwicklung herzuholen. Es ist nicht anzunehmen, daß uns in der nächsten Zeit das Verhältnis des neu gewählten Reichstagspräsidenten genügen wird, unsere Politik von der Bekämpfung der Reaktion in der Reichsregierung und ihrer Abwehr in Preußen

Genosse Ernst Eickstein schreibt uns:

Die Politik der Partei hatte in den letzten Jahren ein großes Ziel, die Erhaltung der bürgerlichen Republik. Dieser Wille vorwiegend haben, hat sich am 26. April als richtig erwiesen: der Gedanke des Schutzes dieser Republik ist in Gedanken, der die Massen forttrieben und bestimmt kann. Zu viel an ihr ist schlecht und falsch, zu sehr auf Kapitaliststaat, als das ihre Bedeutung Massen politisch gesehen ist nicht richtig, daß der Kampf von heute um die Frage einer oder bürgerlichen Republik geht. Die bürgerliche Republik kann als stabilisiert gelten. Nach dem Hindenburg-Siege ist sich mit größter Klarheit zeigen, daß kein Ernsthafter den Rechten magt, die Monarchie wieder einzuführen. Unter diesen Umständen aber bedeutet ein Einheiten für den heutigen Staat der zeitweiliger Aufgabe oder Verdunkelung des grundlegenden Konzepts einen Bezugspunkt auf die Werbepropaganda, einen Bezugspunkt auf die Schanzen zu gewinnen.

Am 26. April ist nicht nur Dr. Marx geschlagen worden, am April ist die bisherige Koalitionspolitik der Sozialdemokratie schweren Schlag erlitten. Die Politik des Kriegens, die die Partei in den letzten Jahren geübt hat, hat mit Würde die Räuber halten können, sie hat aber nicht, wie vor dem Kriege, Jahr zu Jahr, von Wahl zu Wahl neue Anhänger gewonnen. Da die Republik kapitalistisch ist, haben Millionen Proletarier daran. Die Partei hat nicht mit Schärfe betont, daß sie demgegenüber Ertrag der Macht für die Verwirklichung des Sozialismus strebt, daher sind Millionen zu den Reaktionären gegangen, weil Reaktionäre gegen die kapitalistische Republik von Haus aus sind. Die Massen haben kein so jedes Unterscheidungsmerkmal, sich zu sagen, daß die Reaktion noch schlimmeres will für den Staat von heute.

Die Niederlage des 26. April ist aber gleichzeitig eine Erneuerungssiege. Die Parteileitung hat gemerkt, daß in den Proletariermassen der Widerstand gegenüber der "Parole" vorhanden ist. Sie hat geglückt, derartige Impressionen überzugehen zu können. Der 26. April hat gezeigt, daß die Addition "Bücher- und Fraktionsjäger nicht auf dem Weg zur rechten Taktik zeigt, daß dieser Weg gefunden wird, wenn es um die Stimmung des

Parteies geht. Das fiktive Ziel der Partei bleibt, die fernenden Massen zu gewinnen. Sie können gegenüber den Erneuerungspartenien der Kommunisten und Reaktionären nur gewinnen werden dadurch, daß man das sozialistische Ziel als Ziel einer politischen Arbeit zeigt. Wie soll der Arbeiter für Marx-Poß sein, wenn auch das Zentrum und die Demokraten für Schutzzölle, für Ruhgewinne, gegen eine Umgestaltung der Lohnstufen, gegen Erhöhung der Renten sind? Und bei den einzelnen Parteien offiziell schwarz-wie-rot oder rot-gold waren, gegen die Sozialdemokratie gewesen. Die Sozialdemokratie hat daraus zu lernen, daß sie ihre Kämpfe allein führen muß, daß sie nur unter der roten, nicht unter der schwarz-goldenen Flagge siegen kann. Wir müssen zur Taktik der Verteidigungszeit zurückkehren.

* * *

Wir halten Selbstprüfung zwischen den Kämpfen nie als schädlich, daher haben wir dieser Zeitschrift Raum gegeben, obwohl wir die von Genosse Eickstein vorgebrachte Rücksicht auf Taktik der Verteidigungszeit nicht nur falsch, sondern angesichts der seither verlorenen zwölf Wettgeschäfte überhaupt für unmöglich halten. Der Krieger vermeidet seine eigene Stellung, die ihn vor aktiver Aktion im letzten Wahlkampf leider zurückhielt mit der der Leinen, die gerade bei dieser Gelegenheit im Reichsbanner und darüber hinaus echte Begeisterung für die Republik als den Auspoden der Arbeiterschaft zeigten, und sie nach dem Wahlgang der Kaiserwahl überall mit neuem Elan bestärkten. Das geistige Reichtum der Arbeitermassen ist eben mit Reichtum der Arbeiterschaft als Genosse Eickstein in bezug auf die Sicherung der Republik unter einem Hindenburg. Es ist klarer, wie viel bessere Chancen diese "bürgerliche" Republik im Kampf der Arbeiterschaft bietet als monarchisch-konservative, mag sie zu den Hohenzollern zurück oder zur faschistischen Habsburg hinunterführen.

Dass das Unternehmungsvermögen der Massen seiner ist, als Genosse Eickstein zugeschrieben will, daß daher seine vergebende Erwähnung der Machthierarchie nicht nur politisch falsch, sondern auch erzieherisch verkehrt bleibt, das zeigen auch die vielen Massen. Gerade die Arbeiterschüler sind in vielen derart zum Beispiel in Berlin und teilweise auch in anderen noch vollzähliger für Marx eingetreten als für unsere genen nicht ebenso austauschbare Kandidatur im ersten Wahlgang. Anders lagen die Verhältnisse nicht etwa in den Orten in besonderem Radikalismus, was schon Berlin und manche einzige Stadt widerlegt. Verloren haben wir vielleicht trotzdem dort, wo noch konfessionelle Vorurteile wirkten: in religiösen Ostpreußen und Westfalen, ebenso wie in absehenden Sachsen. Gerade diese Bezirke versagten schon in der vergangenen Verteidigungszeit, als wir bei den Hottentottenwahlen

Gründen, sowohl der damalige Wahlkampf radikal antifaschistisch aufgezogen war. Der Gedanke, gerade die Individualdifferenzen und Unpolitischen durch recht wütende Formen der Opposition zu gewinnen, und allen Arbeiterschülern oder neoproletarisierten bisherigen Kleinbürgern durch den Aufruf zur Fortsetzung statt zur Erhebung des Staates zu imponieren, scheint uns allerdings auch ohne diese älteren Erfahrungen nicht gerade psychologisch überzeugend zu sein.

Weilen Zentrum und Demokraten für Schutzzölle und Ruhgewinne und gegen Umgestaltung der Lohnstufen und Erhöhung der Renten wären, so bliebe in der Tat wenig übrig, was mit ihnen gemeinsam erklungen werden könnte. Tatsächlich haben die Demokraten in der Steuerpolitik (Einführung der Goldsteuern, Aufwertung der Aufwertungsfesten, Aufdeckung der Ruhgewinne), hat das Zentrum in der Sozialpolitik (Käfersers Kampf um den Wohnungsschutz und anderes) Leistungen aufzuweisen, die wir ruhig anerkennen können. Die Einschätzung dieser beiden Parteien durch Genosse Eickstein ist trocken noch lange nicht so scharf, wie die Behauptung, daß die Reaktionäre gegen die kapitalistische Republik von heute kämpfen. Es ist unsere Hauptaufgabe, gerade unter der gegenwärtigen Rechtsregierung zu zeigen, daß die Arbeiter diesen Schwindel nicht laufen dürfen. Wir hoffen, daß auch Genosse Eickstein verantwortungsvoll genug sein wird, solche Behauptungen in der Agitation den Reaktionären zu überlassen und sie sogar selbst zu zerstören.

"Koalitionspolitik", wie sie Eickstein befürwortet, haben wir heute nur noch in Preußen während mit dem Reich das Glück einer rein bürgerlichen Regierung doch nur wahrhaft lange genug genutzt. Will Genosse Eickstein uns auch Schluß mit der Koalitionspolitik in Preußen empfehlen, also Preußen ab von Braunschweig und Seelze ganz nach den Wünschen unserer zu zeigen, daß die Arbeiter diesen Schwindel nicht glauben zumal selbst im Kampf um Marx gerade einige der wirkungsvollsten Bekenntnisse zur republikanischen Disziplin gerade von Genossen ausgegangen sind, die sich ebenfalls zur äußersten Linken der Partei rechnen wie Aufbau-Berlin, Stralau-Chemnitz und andere. So scheint uns diese Selbstprüfung zu ergeben, daß wir unsere Anstrengungen zwar noch gewaltsig verstärken müssen, Richtung und Inhalt unseres Kampfes aber in Treue festzuhalten sollen und angesichts der Geschlossenheit des festen Stammes unserer Arbeitermassen auch festzuhalten müssen. — m.

Die Arbeiterschaft in Japan

Über den Stand der Arbeiterschaft in Japan sind in Europa nur sehr unvollständige Nachrichten bekannt. Die Besonderheit der japanischen Arbeiterschaft erhält schon aus den geographischen Bedingungen: auf einem Inselgebiet, das den viersten Teil des Umganges von Großbritannien hat, leben 57 Millionen Menschen, also um rund 10 Millionen mehr als in Großbritannien. Von diesem Gebiet, das zum Teil mit hohen zusammenhangenden Gebirgen bedeckt ist, ist aber nur etwa der zehnte Teil fruchtbar. Es ist klar, daß unter diesen Umständen Japan an einem sehr raschen Tempo der Industrialisierung geranzt wird, und insbesondere das Problem der Arbeiterversicherung steht vor dem japanischen Volke leicht. Der bereits erreichte Kulturstandard dieses Volkes ist hoch; Analphabetismus ist nahezu unbekannt.

Die Lage der japanischen Arbeiterschaft hat sich seit der Durchführung der Beschlüsse der Washingtoner Arbeitskonferenz (1919) verbessert. Sie bedeutet für Japan die gleiche Einschränkung des Neunehrhundert-Arbeitsstages, was gegenüber der bis dahin gestellten Arbeitsdauer eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit — um rund 20 Stunden wöchentlich — mit sich brachte. Die Lohnsätze in den einzelnen Berufen sind sehr verschieden. Die Gewerkschaften sind in dem japanischen Gewerkschaftsverband zusammengefaßt, dem gegenwärtig rund 300 000 industrielle Arbeiter sowie 100 000 Arbeiter in den großen Staatsbetrieben angehören. Außerdem gehört ihm auch die Bauernvereinigung an, die 60 000 Familien umfaßt. 49 Prozent der gesamten japanischen Bevölkerung sind Bauern. Die Bauernvertretung steht in 15 000 Dörfern nicht weniger als 4000 eignen Kandidaten auf.

Die japanische Arbeiterschaft hatte vor dem Kriege eine kurze Periode hoher Ausflüchtungen zu verzeichnen, doch wurde die politische Bewegung der japanischen Arbeiterschaft bald in die Richtung eines radikalen Republikanismus abgelenkt. Nach dem Kriege geriet die japanische Arbeiterschaft sehr stark unter den Einfluß der Kommunisten, aber auch jetzt verbunden mit allen sozialistischen, anarchistischen und syndikalistischen Strömungen mit einer bloßen Bekämpfung der Monarchie. Die kommunistische Propaganda ist durch ein Ausnahmegesetz verboten. Kommunistische Zeitungen erscheinen unregelmäßig, während der Gewerkschaftsverband regelmäßig eine mehrfach so große Zeitung mit einer Auflage von 20 000 herausgibt.

Erst in allerletzter Zeit zeigen sich innerhalb der japanischen Arbeiterschaft Anzeichen der Aktivierung. Die große Aufgabe, vor der die japanische Arbeiterschaft derzeit steht, ist die Gründung einer wirtschaftlichen Arbeiterschaft, die die revolutionäre Ideale der Bewegung annehmen soll, und Beschreibungen, eine solche Partei zu schaffen, sind tatsächlich bereits im Gange. Die Frage ist gegenwärtig auf welcher Grundlage die

englischen Labour Party oder in der klassischen Form der anderen sozialistischen Parteien Europas.

Eine wirkliche Konzentration der Arbeiterschaft in Japan wird jedoch erst eintreten, wenn die japanische Arbeiterschaft die sozialen und demokratischen Kommissare zu gebrauchen gelernt haben wird, die ihr bisher verfragt waren. Nun, da das allgemeine Wahlrecht in Japan etabliert wurde, ist damit gleichzeitig in allen übrigen Ländern, der erste Schritt zum unaufhaltsamen Vorrücken einer möglichen Arbeiterschaft getan. Bislang hatte die japanische Arbeiterschaft keinen Vertreter im Parlament. Und es ist in drei Jahren werden die ersten Wahlen unter dem allgemeinen Stimmrecht stattfinden. Sie werden zweifellos auch im fernen Osten einen entscheidenden Fortschritt für die Sache der Arbeiterschaft bedeuten.

Aus Schlesien.

Der Landesklassenverband für Schlesien

hielt am 28. und 29. April dieses Jahres in Bad Landeck seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung ab. Die Leitung der Verbandsversammlung lag in den Händen des Verbandsvorstandes, Rittergutsbesitzer Dr. jur. Krüger, Altenhain.

Der starke Beuch — es waren über 100 Delegierte erschienen — bewies das Interesse der Beteiligten an der Tagessordnung und an der ländlichen Krankenversicherung überhaupt.

Den breitesten Raum in den Verhandlungen nahmen folgende Fragen ein: "Bezirkliche Apothekerverträge" (Apotheker Hellmann); "Über die wirtschaftliche Vorhabenskasse und über Rezeptprüfungsstellen" (Medizinalrat a. W. Dr. med. Ernst Namslau); "Pflege der Beziehungen zwischen Landstrafenklassen und den verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen" (Reichsverbands-Vorstandsführer Schaefer-Peuerberg); "Die Praxis des Abommens zwischen der schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft und dem Landstrafenklassenverband" (Landesträger Schreiter-Breslau und Direktor Jentsch-Burgau); "Die Mitarbeit der Landstrafenklassen in der privaten und öffentlichen Fürsorge" (Landesträger Göttingen-Breslau); "Lohnstufen oder Berichtserstattungen" (Verbandsgeschäftsführer Herrmann-Oels); "Krankenhauspflegelage" (Direktor Langer-Viernig); "Die schlesischen Arztrechte" (Verbandsgeschäftsführer Herrmann-Oels).

Als Ergebnis der zweitägigen Verhandlungen darf festgestellt werden, daß insbesondere die Vertreter der schlesischen Landstrafenklassen wertvolle Anregungen für ihre Arbeit in der ländlichen Krankenversicherung mit nach Hause nehmen können. Den Landstrafenklassen, die sich als ein Teil der Landwirtschaft betrachten, wurde vor den Vertretern sämtlicher landwirtschaftlicher Organisationen versichert, daß sie bereit seien, mit ihnen in engster Führungnahme der provinzialen und örtlichen Organisationen zusammenzuarbeiten zum Wohle der ländlichen Bevölkerung.

Die vorzüglichen Ausführungen des ärztlichen Leiters der Rezeptprüfungsstelle, Dr. Ernst-Namslau, sollen in Druck erscheinen und den schlesischen Kassenärzten als Anregung zugestellt werden.

In einer Entschließung wurde gegen das bedauerliche Verhalten der Versicherung in zahlreichen schlesischen Kreisen in der Frage des Abschlusses neuer Verträge eine Geltung angenommen. Es soll natürlich durch die Schiedsinstanz bei den Versicherungsbehörden erwirkt werden, daß der seit fast 1½ Jahren verzögerte Abschluß von Verträgen mit den länderspezifischen Organisationen aufzusteht kommt, wie sie den geistlichen Bestimmungen und den Richtlinien des Reichsausschusses für Ärzte und Krankenklassen entsprechen.

Eine Besichtigung der heimstätigen Bäder Landeck fand das besondere Interesse der Teilnehmer.

Auf Wunsch der oberösterreichischen Landstrafenklassen wurde einstimmig als Ort der nächsten Verbandstagung Hindenburg Oberschlesien bestimmt.

Die Erleichterung des Touristenverkehrs nach der Tschechoslowakei.

Nach dem zweijährigen deutsch-tschechischen Abkommen dürfen beiderseitige Staatsangehörige für Ausläufe in das Gebiet des anderen Staates mit jenen "Ausläufen in einen" machen. Der diesbezügliche Touristenbeauftragte bestrebt nach den jetzt erlaubten polizeilichen Beschriften dringend aus dem innerhalb des Regierungsbezirks Breslau gelegenen Zollgrenzbezirk sowie dem Bal. Langenau und den Gemeindebezirken Neurode und Arnaberg, auf tschechoslowakischer Seite in einem etwa zehn Kilometer breiten an der Landesgrenze entlang führenden Streifen der Bezirke Märkisch-Schönberg, Freylandau, Senftenberg, Nachod und Braunau. Zuständig für die Ausstellung von Scheinen sind in Frage kommende Kreise die Polizeiwartungen in den Kreisen Waldenburg, Glaz, Neurode und Frankenstein. Im letzten Kreise jedoch nur die Polizeivertretung Reichenstein und der Amtsverwalter Reichenau-Gaimers. Zur Ausstellung der Scheine bedarf es eines vollgültigen, mit Bild und Ausweisnummer versehenen Ausweises. Familien können Familienmitglieder, Vereine Sammelgesellschaften erhalten. Der Ausweis gilt für drei Tage und betrifft zum beliebigen Grenzübergang in dieser Zeit. Über die Grenze dürfen deutscherweise nur 20 Rentenmark mitgenommen werden. Die Polizeivorschrift ist vor wenigen Tagen bereits in Kraft getreten.

Staatshilfe für den schlesischen Lustverkehr beantragt.

Durch die Abgeordneten Wizer, Pusch und Herrmann-Breslau wurde im Preußischen Landtag nachdrücklich eine Staatshilfe für die Lustverkehrsleitung Berlin-Breslau eingereicht. Der preußische Staat übernimmt vor der Ausfallsbeihilfe für die Lustverkehrsleitung Berlin-Breslau-Oberschlesien die Kosten eines Drittels bis zur Höhe von höchstens 50 000 Mark, nachdem die örtlich beteiligten Provinzialverwaltungen, Kommunen und Interessen sich zur Übernahme des Restes der Einnahmengarantie bereit erklärt haben.

Frankenstein. Bau einer Gasfernleitung Frankenstein-Silberberg. Da das heisste Gaswerk bei voller Auslastung eine Jahreserzeugung von 1½ Millionen Kubikmeter aufweisen kann, zurzeit aber infolge Wassermangelproduktion nur etwa 600 000 Kubikmeter Gas herstellt, kann die Stadtverwaltung einen längeren Zeitraum wegen der Wassermangel keine entsprechende Versorgung garantieren. Die städtischen Körperbehörden traten nunmehr mit dem Plan des Baus einer Gasfernleitung über Olbersdorf-Peterwitz-Schönwolde bis Schönberg vor die Stadtverordneten. Der Plan wurde mit allen gegen eine Summe von 170 000 Mark bewilligt.

Straßburg. Nachtsicherer Überfall. Der Speditionsfischer Rückert wurde in der letzten Nacht kurz hinter dem Ortsteil Rohrbach überfallen und mit einem mächtigen Schlag am Kopf verletzt, so daß der Kutscher vom Wagen fielte. Ganz erstaunt wurde der Überfallen von seinem Frau in einer Entfernung folgenden Kollegen angetroffen und nach seiner Wohnung in Straßburg gewählt, wo er nun ohne Bekanntschaft dastand.

Börsegenossen und Genossinnen werbt häufig für die Volkswirtschaft

und verlangte Aufwertung der Summe, mit der Begründung, daß das Geld von deutschen Mindelgeldeinen und Kleinkrediten kommt, und daß die deutschen Gesetze eine Aufwertung bestimmen. Das österreichische Zivilgericht sowie der Appellationsgerichtshof jedoch entschieden gegen eine Aufwertung, mit der Begründung, daß eine Krone eine Krone ist. Die Erben des Großen Wilhelms haben durch diese Entscheidung einen der prächtigsten Paläste der Wiener Herrngasse für etwa 20 Mark zufließen lassen.

Schneefall im Schwarzwald. Noch heftiger föhnen setzte im Hochschwarzwald ein. Schneesturm und starker Schneefall ein. Von 900 bis auf 700 Meter Höhe hat sich eine geschlossene Neuschneedecke gebildet. Auf dem Feldberg liegt der Schnee 40 Zentimeter hoch.

Eine Ausstellung "Licht und Farbe".

Vom 1. bis 24. Mai 1926 findet in Görlitz eine Ausstellung "Licht und Farbe" statt, für welche manuelle Fachkreise seit langem und in allen Einzelheiten vorbereitetes Programm aufgestellt haben. Die Ausstellung umfaßt: die physikalische Erkenntnis des Lichtes, die Beleuchtungstechnik, die optischen Gebiete, die Photographie, die Kinematographie, das Licht in der Heilkunde und die Bedeutung der Farbe in Kunst und Gewerbe.

Signalzwang für Fußgänger.

Wenn auch in den weitwinkeligen Fällen unverhältnismäßiges Gefahren der Fußgänger die Schilder an den zuführenden Verkehrsmitteln zu erkennen hat, so ist doch andererseits eine oft erwartete Tatsache, daß auch die Fußgänger sich nicht selten in wenig ausreichender Weise bewegen. Insbesondere geschieht es häufig, daß Fußgänger plötzlich den Bürgersteig verlassen, ohne vorher entsprechendes Vorgehen zu haben und diesen so unverhältnismäßig in die Wagen eines Personenkraftwagens zu bringen. Ein Arbeiter wurde getötet, mehrere sind schwer verletzt. Eine billige abgelöste Sperre.

Der vor einigen Jahren verlobte Gustav Jacobus Wilhelmi von einer Berliner Versicherungsgesellschaft eine Hypothek von 20 000 Kronen zu einer Zeit erhalten, als diese Summe als bedeutend war. Sie sollte in Raten von 40 000 Kronen abbezahlt werden. Nach seinem Tode lebten die Erben die Raten fort, wobei letzte Rate im April 1924 10 000 Kronen betrug. Mit dem Verlangen der Erben, daß die Hypothek gelöscht

Victoria-Theater

Ein neuer Film mit drücklichem Vortrag über
Die Fleischleidskrankheiten

Täglich ab Dienstag 10½ Uhr abends
Nachtvorstellung: Nur für Herren!

Außerdem:

Tagtäglich 6½ Uhr nachm.: Nur für Damen!

Sonntags:

Mittags 12 Uhr: Herren-Vorstellung
Nachm. 4 Uhr: Damen-Vorstellung

Für Jugendliche unter 16 Jahren strengstens verboten!

Die Film-Oberprüfstelle hat
auf Grund von Sachverständigen-Urteilen die
öffentliche Vorführung gestattet

und u. a. folgende Gründe geladen gemacht:

Man müsse
davon ausgehen, daß im Deutschen Reich jährlich
1 Million Neu-Erkrankungen
zu verzeichnen seien . . . daß man an das Problem nicht mehr mit
der früher geübten Heimlichkeit herangehen könnte (siehe Gutachten der
Oberprüfstelle Berlin No. 31 vom 30. Januar 1925).

Väter! Kommt mit Euren Söhnen! Mütter! Kommt mit Euren Töchtern!

Falsche Scham ist nicht mehr am Platze!

wenn es sich darum handelt, Eure eigenen Kinder vor späterem Verderben
zu bewahren!
Die wissenschaftlichen Begleitvorträge werden von Breslauer Fachärzten gehalten.

Preise 50 Pf. und höher.

Genossen!

Genossinnen
Eure Familien-
anzeigen der

Vollswacht

Druckerei Vollswacht

Wohne, zweckmäßige und lebendige
Ausführung aller Drucksachen
preiswert und bei jüngster Preiserhöhung

Breslau 2, Flurstraße 4/6.

Samstag, 1. Mai
„Ziefland“
Dienstag 7½ Uhr:
Der Barbier von Bagdad
Mittwoch 7½ Uhr:
Uraufführung!
Der Jahrmarkt
von Crotonejung
Herranz:
Bilder einer Ausstellung.

2200 Lobe-Theater.

Tel. R. 6774 u. R. 6720.

Mittag, Dienstag, 8 Uhr:

Operettenspiel v. Shakespeare

Romeo und Julia

mit Hans Braunsweiler

als Gast.

Victoria-Gastspiel
Theater
Elfriede
Mertens

Personen unter 18 Jahren keinen Zutritt!

Extravagante Angebote!

Teppiche

Bouclé ca. 130/200 38.00 Tapestry 160/240 49.50
Velour 260/300 79.00 Velour 260/350 135.00

Läuferstoffe

Jute Mir. 1.25 Bouclé 4.65 Prima 11.60

Madras 90 br. 0.95 Madras dkl. gem. 3.95 Wandbilder ca. 75×100 4.65 Etamine pa. Ware 1.15

Gardinen

Garn 3-teil. 3.85 Madras 5.90
Etamine mit Vol. 3.95 Etamine mit Motiv 9.70

Stores

Etamine mit Vol. 2.35 3.95 6.50

Möbelstoffe 1.45

Steppdecken

Doppelseitig, la. Satin, Hand-arbeit 19.75 12.75

Divandecken

8.90 13.50 21.00 32.00 3.65 7.85 12.50 19.75

Schlafdecken

Wolle, extr. gr. auch als Reise-decke verwendbar, bes. billig 11.75

Tischdecken

Spanier's Teppich-Haus
nur Reuschestr. 58
und Schmiedebr. 56

Ecke Kupferschmiedestr., part. u. 1. Etg.
Wir haben mit ähnlich klingender
Firma Kleinert bezug!

Kaffeestunde

der Breslauer Hausfrau am
Donnerstag, den 7. Mai 1925,
nachmittags 3 Uhr im Schießwerder.

U. a. gelang der lustige Einakter:

„Ein bengalischer Tiger“
(Käthe Habel-Römers, Grete Sprengholz,
Alfred Habel, Willy Koch) zur Aufführung.

Zu Näheres siehe Anschlagssäulen!

**Gieg. Damen-
u. Herrenmode**
von Sabine, Sabine, Sabine

Gley, Sabine, Sabine
Sprenger, Grete 16
Grete, Grete

Arbeitsmarkt
Schuhmacher, Schuhmacher, Schuhmacher

Mehrere tüchtige Näherinnen

auf Überhemden und Kragen
für dauernde Beschäftigung als Heimarbeiterinnen
per sofort gezeigt. Meldungen von nur erstklassigen
Kräften mit Probearbeit bei

Herrenwäschefabrik Lenga & Co.
Röntgenstraße 11.

Dieselbst können füch noch einige Schermädchen melben.

Nebenverdienst

für

Fabrikarbeiter

durch Aufnahme der Vertretung eines eingeführten
und bewährten Unternehmens, welches Arbeiters-
kleidung und Schuhwerk an Belegschaften gegen
bequeme Ratenzahlung abgibt.

Von Sie zu eigenen und anderen Belegschaften
gute Beziehungen haben, verdienen Sie ohne groß
Muße von Mk. 100.— aufwärts monatlich.

Schreiben Sie unter M. O. 7711 an Rad-
mos, München.

Das billige Qualitätsbuch!

(Romane der Weltliteratur)

Ganzleinen!
Sodenheftung!
Holzfreies Papier!

Merle, B., Der Berthold, Roman
Augenräuber, 2, Der Schatzkäfer, Roman
Björnson, B., Das Flügelmädchen, Roman
Björnson, B., Thomas Redalda, Roman
Björnson, B., Auf Gottes Begen, Roman
Bruffogel, H. G., Falkeim Einsicht, Roman
Cervantes, R., Don Quijote,
Cervantes, R., Drei Rosetten
Daudet, A., Fronten jr., Pariser Gattenbib
Didens, Ch., Über Tross, Londoner Gattenbib
Doflenjew, J. B., Der Spieler, Roman
Dumas, A., Drei Musketiere, historischer Roman
Dumas, A., Zwanzig Jahre darüber, historischer Roman
Dumas, A., Zehn Jahre darüber, historischer Roman
Dumas, A. (Golds.), Der Fall Clemenceau, Roman
Dumas, A. (Golds.), Die Spanische Söhne, Roman

Jeder Band 2.50 Mf.

Bur Zeit noch vorrätig:

Dumas, I. P., Die Teufelsknecht, Roman
Dumas-Rütelberg, Der Herr der Welt, Roman
Dumas-Rütelberg, Die Dilettantentum, Roman
François, F. a., Die letzte Redenburgerin, Roman
Gelen, p., Die Reichen, Roman
Gelder, Jr., Die Regulatoren, Roman
"Gelder, Jr., Unter dem Equator, 1. Bd. } Japanisches
"Gelder, Jr., Unter dem Equator, 2. Bd. } Gattenbib
Gelder, Jr., Schiffsreise
"Gelder, Jr., Die Inspektion, 1. Bd., Roman
"Gelder, Jr., Die Inspektion, 2. Bd., Roman
"Gelder, Jr., Der Sammler, Roman
Gogol, N. W., Menschenleid, Gedanken
Gellert, F. B., Der Augenärzt des Gletsch, Roman
Heine, G., Buch der Lieber
Heine, G., Ein Liebespiegel (Aus den Liebern)

Holz, R. v., Die Bagabunden, Roman
Ludwig, D., Die Heiterkeit, Erzählung
Mörte, G., Erzählungen
Öhnet, G., Der König von Paris, Roman
Prevost, A., Manon Lescaut, Roman
Schündling, L., Eine dunkle Tat, Roman
Schündling, L., Der Kampf im Spessart, Roman
Scott, B., Ivanhoe, Roman
Tolstoi, L., Kreuzfahrt, Roman
Lungenjew, J., Frühlingswogen, Roman
Bücher, Th., Auch Einer, Roman
Döla, G., Pariser Gattenroman
Zweibrück und eine Nacht, die süßesten Erzählungen
Memoiren der Kaiserin Katharina II.

* Die mit Sternchen versehenen Bände sind nur zu
sammen zu beziehen.

Bei Bezug mehrerer Bände bequeme Teilzahlung ohne Aufschlag.
Auswärts nur gegen Vereinsendung zuzüglich
Porto pro Band. Die Preise für diese Bücher (Ganzleinen und holzfrei) gelten nur, solange sie in der

1000-Buchhandlung

Breslau III, Neue Gravenstraße 5, vorrangig sind.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:

Gewerkschaftshaus, Nummer 36

Telefon: Ohle 5652.



5.10. Beamten-Unionärs, Mittwoch, den 6. Mai, abends
zweite Sitzung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9. Keine
Stellvertreter: Genosse Reg.-Rat Hamburger, M. d. L.
Sozialistische Studenten. Morgen, früh 10 Uhr pünktlich,
Kontakt im Atzjimmer. Besprechung unserer Arbeit im
herrensemester.

Barnays Ende und die Zukunft des Breslauer Schauspiels.

Direktor Paul Barnay hat seinen Prozeß gegen die Berliner Oper- und Theater-Gesellschaft verloren. Das Reichsgericht hat entschieden, daß er nicht entlastet war. Direktor Dr. Loewe hätte danach das Recht, die freitlichen Räumungen beider Theater zu zwingen. Schließlich beschließt, wie uns auf Anfrage bestätigt wird, es eine keine solche Unterbrechung der Spielzeit. Erst mit Ende der Sommertour wird Barnays Regie erledigt sein. Ein königlicher Handkant ist in der Deutschen Gesellschaft ein mancher bedauernder Kommentar an Barnays Dommit endgültig ausgeschlossen. Das erscheint berechtigt, man keine Leistungen mit denen seines Vorgängers er vergleicht dessen Niveau er erheblich überboten hat, darf man allerdings nicht verschweigen, daß auch Barnays Aufführung in den Jahren seiner Direktion nicht ganz gleich waren. Die Versprechungen eines glänzenden Anfangs von „Reisen“ haben nicht ganz gehalten und wenn die allerletzte ist wieder eine Erhöhung der Kosten droht, so waren da weniger die Einschätzungen freiherrlich. Von seinen königlichen Mitarbeitern wird nun unter neuem Regime sicherlich der dritte Teil zu halten. Wir können nicht vergessen, daß Barnay als Kritiker manche überwältigende Vorwürfe gegen seine Vertragspartner machte wie jetzt als Vächter, und daß er als Direktor seiner besten Kräfte durch eigene Schuld an Hamburg, Bremen und andere Bühnen von zum Teil nicht größerer Art als Breslau verlor.

Gedient war zweifellos Barnays Zusammenwirken mit der Bühne, der er — allerdings ebenso wie dem reaktionären Volksbund — entgegenkam, als er anders finanziell weiter konnte und gerade zur selben Zeit beide Blinde machen. Diese beiden Befürworter-Organisationen widmeten ihm aus einer Art von gemeinsamem Nachdruck die zugleich eine tägliche Stellungnahme zum Urteil des Reichsgerichts darüber lassen sie sich darin zu einigen schlecht informierten gegen Direktor Dr. Loewe hinsetzen, die uns veranlassen, auf diese offensichtlich einseitig informierten Kunstgedanken einzutreten. Es wird darin die Verantwortung angedeutet, daß Kunst ernste Dramen für die Volksbühne etwa nicht mehr über-Theater gespielt werden sollen. Nach unseren Informationen gibt es niemanden, der das würdet. Wenn kommt das Thalia-Theater dem literarisch wertvollen Volksbundwill, so erscheint uns das nach Direktor Stössel seinen Leistungen auf diesem Gebiet, die nun leider infolge von Verjährung des Vertrages auch zwischen Stössel und Barnay vor dem Ende der Entscheidung zwischen Barnay und Stössel steht und durchaus berechtigt. Das Opern-Theater wird in den Befürworter-Organisationen für ihre großen Aufführungen niemand verwehren wollen. Es wäre un-

Dr. Loewe's Kunst-Uebertret mit der Begründung zu

zeigen, daß er nur noch ein Operettentheater sei. Die Beurteilung des verdienstvollen Fachmanns auf dieses Gedicht erzielte ebenfalls gegen keinen Willen und gegen den Widerstand des ersten Breslauer Künstlers, darunter auch der demokratischen Stadtverordneten. Das damit ein Unrecht gegen der Aenderung der Machtverhältnisse in der Stadtteilung allgemein zugegeben worden.

Die Zukunft der Breslauer Bühnen wird aber nicht allein von den Besitzer der Bühnenhäuser zu bestimmen, sondern schon aus finanziellen Gründen Stadt und mit interessanter müssen. Barnays Abgang gibt ihnen Gelegenheit zur organisatorischen Vereinheitlichung, was unmöglich war, jetzt aber nicht verkannt werden sollte, die personale Seite der Frage bleibt es bisher gegeben kann. Daran — nicht an rücksichtsvollen Prozesslösungen — sollten sich auch die Befürworter-Organisationen aktiv beteiligen! — m.

Vom Lebensmittelmarkt.

Die Gejagtensteuer legen nach wie vor über schlechten Gang. Große Umläufe zu machen, ist ihnen nicht möglich, viele Schichten der Bevölkerung ihre Einfüsse auf das Allermeiste befranken müssen. Der Not der Allgemeinheit anzeigt der Konsumverein „Vormärz“ seine Waren auf den niedrigsten Preis fest.

In großen ganzen blieben die Preise die der Vorwoche. Artikel konnten um ein kleines ermäßigt werden. So hat den Fleischpreisen kaum etwas geändert. Fische wurden zu billigen Preisen angeboten und um eine Kleinigkeit billiger auch die Butter. Diese kostet jetzt als beste schwedische Butter 1,80 Mark bis 2 Mark das Pfund. Landbutter kostet 1,70 Mark, dänische Butter 2,20 Mark. Die Preise blieben die der Vorwoche, also 8 und 9 Pf. das Stück. Fleischhändler boten sie schon billiger an. Weißfleife für 25 und 30 Pf. das Pfund verkauft. Für das Viertelstein 1 kostet man 28 Pf. und für reines Bienenhonig 1 Mark und 1,50 Mark für das Pfund.

Die jungen Gemüse nehmen nun schon einen großen Raum in den Markthallen ein. Besonders der Spinat ist mit von festen höheren Beizässenheit und da er auch noch ist, sollte dieses nahende Gemüse gegenwärtig in seinem Platz behalten. Sein Pfundpreis ist 10 Pf. oder 3 Pfund 30 Pf. und höher ist auch der junge Salat. Dieser kostet 20 und 30 Pf. Kapuziner und Suppenkraut kosten 60 und 80 Pf. das Pfund. Die jungen Obstan sind noch zu kostspielig, denn für eine Mark hat man nur eines Gerichts. Das Weitere für den Sparzettel ist

billig, und so ging sein Pfundpreis von 4 Mark auf

Mark und 2 Mark herab. Grüne Gurken und grüne Bohnen sind immer zu haben, doch kommen diese Kreisbäume für den Arbeiterhaushalt in Frage. Teuer sind auch

noch die Radieschen, die 35 und 40 Pf. das Pfund

und höher zu haben. Die neuen Kartoffeln haben

ihre Art einen Pfundpreis von 25 bis 45 Pf. Teurer

die Tomaten, die jetzt 1,20 Mark bis 1,40 Mark das

Kilo kosten. Junge Zwiebeln schrecken. Schnittlauch und Petersilie sind zu billigen Preisen zu haben.

Wie schon erwähnt, machen die Fleischgelände wieder

billige Angebote. So wurden die kleinen Heringe zu

Schiffchen mit Rosé zu 19 Pf. Seefisch zu 23 Pf.

und Goldbarsch zu 35 Pf. das Pfund

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führte Oberbürgermeister Dr. Wagner den neu gewählten Stadtschulrat für Bau- und Verkehrs-Dienst Dr. Trauer ein, und streifte dabei auch die Verdienste Dr. Trauers, der nicht nur die Freiheits-, Hindenburg- und die Rosenthaler Brücke gebaut, sondern auch die statischen Berechnungen der Jahrhunderthalle angesetzt habe. Der Oberbürgermeister versprach dem neuen Stadtschulrat Vertrauen und Unterstützung des Magistrats, und verpflichtete ihn durch Handschlag.

Der Antrag der Sozialdemokratischen Partei, den östlich der Bahnhof gelegenen Teil der Tiergartenstraße in

Friedrich-Ebert-Straße

umzubenennen, wurde ohne Aussprache von Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum angenommen. Einem deutschstädtischen Stadtverordneten, der die Mehrheit anzumelden versucht, mußte selbst der deutschnationalen Stadtverordnetenmeister bedenken, daß an dieser Weisheit gar kein Zweck bestand. Die rechte Seite des Hauses schien vor Schred über die Einmütigkeit der Republikaner das Wort verloren

gegangen zu sein. Die Magistratsvorlage auf Erhöhung des Schulgeldes wurde in der Versammlung von Rednern fast aller Parteien abgelehnt. Die neuen, von der Stadt vorgeschlagenen Schulabschläge seien viel zu hoch. Auf Antrag des Zentrums wurde dann die Vorlage an den Ausschuss 8 überwiesen, wo sie gemeinsam mit dem Stadtrat zur Beratung kamen. Die Annahme eines Gehaltes für die evangelische Kirche in Niemegk wurde ohne Aussprache angenommen.

Der weitere Verlauf der Sitzung wurde, wie bereits mitgeteilt, im wesentlichen durch die Haushaltserörterungen ausgefüllt.

Kämmerer Matthes gab den Bericht über den

Stand der Gemeindeangelegenheiten.

Nach einer politischen Übersicht die zum Teil einen schwärz-weiß-roten Unterton hatte, kam er auf die Beziehungen in Breslau zu sprechen. Die Einwohnerzahl ist im letzten Jahre von 561.644 auf 571.571 gestiegen und hat im ersten Viertel des Jahres 1925 einen weiteren Anstieg von 2000 Einwohnern erfahren. Ein Rückblick auf die gottlob bald vergessene Zeit der Inflation, auf Stabilisierung und Geldunabhängigkeitsleistung ist den Wirtschaftsfragen über. Das zeigte sie vor allem an dem Arbeitsmarkt, der im März dieses Jahres eine beträchtliche Steigerung der Zahl der Erwerbstätigen aufwies. Auch die Wirtschaftsprüfung sei ein ausspezialisiertes Barometer für den Stand der Wirtschaft. Diese Abteilung der städtischen Verwaltung habe im letzten Jahre einen Mehrbedarf von 4½ Millionen und im ganzen etwa 12 Millionen Mark erfordert. Gestiegen sei hier insbesondere die Zahl der Kleinrentner, und nur die Zahl der Sozialrentner sei etwas zurückgegangen. Beschäftigt habe die Stadt Breslau 4000 Büroangestellte und 7000 Arbeiter, deren Belohnung bei den viermal notwendig gewordenen Gehalts- und Lohn erhöhungen höchstens einmal einen ganz erheblichen Anstieg des Haushaltshaushalts ausmachte. Die Stadt ist natürlich auf Umgebungen und Umstände beschränkt gewesen. Die private Bevölkerung habe 67 gewerbliche Häuser, 32 Wohnhäuser und 71 Kleinstwohnungen umfaßt, die zusammen 6222 neue Wohnungen ergeben haben. 493 weitere Wohnungen befinden sich gegenwärtig im Bau. Die Zahl der Wohnungslücken in den Stadtbezirken ist gegen das Vorjahr kaum verändert, sie ist von 41.800 nur auf 40.831 zurückgegangen. Das größte Interesse habe die Stadt der Einheimungsfrage gewidmet. Am weitesten seien die Verhandlungen mit Deutsch-Lissa dem Gutsbezirk Friedenthal-Kamellen, Simplici und Sammelsiedlung gediehen. Die Stadt hat sich bei den städtischen Behörden ganz besonders bei den sogenannten Nebenführerverwaltungen und am empfindlichsten bei den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken ausgedrückt. Sie ließen unter dem Manne von Anteilnahmehilfen und haben sich daher darauf bekräftigen müssen, auf anderen Weise Ausgleich zu schaffen. Die Werke haben in ihren Betrieben verdienstvolle Verbesserungen vorgenommen. Beim Elektrizitätswerk war die Produktivität am rohsten, wie das Süderoderwerk beweist. Die Straßenbahn ist bestrebt gewesen, ihr Verkehrszuwachs so weit als angängig auszubauen und zu verbessern. Die

Verwendung der Straßenbahn ist im Monat des vergangenen Jahres am meisten gewesen. Die städtische Bank hat an Einzahlungen 17 Millionen und an Auszahlungen 7,7 Millionen aufgewiesen. Sie wird den Nebenkredit, der 16 im zweiten Quartal auf 708.000 Mark belief, nicht abführen, sondern zur Stärkung ihres Sicherheitsfonds benutzen. Die große Sorge haben dem Kämmerer die Steuern bereitet. Nach seiner Berechnung betrug die Besteuerung 38,13 Mark im Jahre 1913, 47,57 Mark im Jahre 1924 pro Einwohner. Breslau steht mit etwa 2 Mark hinter diesem Satz zurück. Die Stadt haftet für vorläufig nicht in der Lage, ihre geforderten Umläufe anzugeben. Man rechnet hier mit einem Fehlbetrag von 500.000 Mark. Die Einkommen-, Umlaufs- und Körperheitssteuer, an der die Stadt teilweise vom Reich beteiligt wird, bringt heute lange nicht so viel wie im Jahre 1913. Es ist daher leicht zu erklären, daß die Stadtfinanzen in ein missliches Verhältnis geraten müßten. Der Fehler des Reichs aber ist der, daß es überhaupt von welcher Bedeutung die Leistungsfähigkeit der Gemeinden für die Leistungsfähigkeit des Reichs ist. Kämmerer Matthes schließt seine Rede mit dem Wunsche, daß es den Beamten gelingen möge, die schwierige Frage der Einstufungen zum Wohle der Stadt zu lösen.

Die allgemeine Beratung des Haushaltspolitik

wurde diesmal durch den demokratischen Stadtrat Thum eingesetzt. Er bestätigte daß im Reich im vorigen Jahre 2,1 Milliarden Steuern mehr erhoben worden sind, als gebraucht wurden. Im übrigen bestätigte er gleich dem Reich und dem Stadtrat auch den Breslauer Magistrat das Rechtes jeglichen Anfanges zur Sparsamkeit. Der Stadtrat bringt eine Steigerung der Ausgaben um 31 Prozent, gegen 26 Prozent in früheren Jahren. Der Redner äußerte sich dahin, daß an dieser, nach seiner Meinung durchaus ungerechtfertigten Steigerung eine Art von Deszernenten-Entscheidung statt habe. Es könnte so leichtlich dahin kommen, daß Breslau zwar über gänzende städtische Einrichtungen verfüge, aber eine völlig verarmte Bevölkerung aufweise. Die Ausstellungen, die der Redner sonst an dem Stadtrat zu machen hatte, waren zum Teil belanglos Natur. Von Interesse war lediglich sein Einprägung des Gas- und Elektrizitätspreises um 10 Prozent.

Hieraus folgt die groß angelegte Rede des Genossen Dr. über die wir am Sonnabend berichtet haben.

Stadt Dr. Sappel (SPD) teilte seine Rede mit einem sehr geschickten politischen Vorstoß ein. Er verwies auf die Notwendigkeit, daß sich der Kämmerer am ausländischen Anleihen bemüht, aber die Wirkung, die die Wahl Hindenburgs im Auslande hervorgerufen hat, sei unseres Interesses sehr entzählig. Beamtenfragen und die Förderung nach einer besseren Straßenbelebung leiteten zu einem Vorstoß gegen die Politisierung der Schule, insbesondere der Volksschule, über. Der Redner händigte Anträgen seiner Freunde abhängig an, daß bei dem Stadtrat der Stadtbibliothek wenigstens der Freienstand wieder hergestellt werde, damit die Bibliothek wieder Bücher ausschaffen kann. Weiter sollte man dafür einsetzen, daß für die historische Kommission für Schlesien ein regelmäßiger Beitrag von 1000 Mark in der Stadt eingestellt werde. Stadtrat Wolf (Dem.) ging sozeitig vor, daß die Stadtkographen nicht zu folgen vermöchten. Auch er war gegen eine Erhöhung des Gaspreises. Die Steuer auf das Gewerbekapital ist ihm zu hoch. Höher zu besteuern seien die Hunde. Ein Pfarrer sollte gehoben werden, und er nannte Strafen, wo die Klempnerfassung noch unzureichend läuft. Bei der Eingangsfrage wies er auf die aggressive Propaganda des Krieges gegen die Stadt Breslau hin und forderte vom Oberbürgermeister energetisches Einschreiten gegen die darin enthaltenen Unmoral.

Mit dieser Reden war das Interesse eröffnet. Der Hakenkreuzler Stein sprach vor leeren Stühlen, während sich die Stadtverordneten im Vorzimmer aufhielten. Stadtrat Moelinge drängte jedoch zur Beratung, aber Herr Kämmerer wollte noch etwas sagen und tat es dann ebenfalls vor leeren Stühlen. Schließlich sprach Herr Siebenrock (Arbeitnehmerliste) noch einige kurze Worte vor. Der Stadtrat ging dann in den Ausschuss, der in drei Nachmittagen in der Woche in Dauersitzungen durchzutragen wird. Man hofft so, in diesem Monat damit fertig zu werden.

Anfang eines Völkerfriedens. Nicht die Diplomaten, sondern die Völker müssen sich zu ammen finden. Vor allem ist es dringend notwendig, daß man Europa pacifiziert.

Kämmerer Matthes fordert sowohl den modernen Krieg, der ein allgemeines Verderben bedeuten würde, denn die Verwendung der Mittel wie Gas würden auf ihrem Vernichtungswege keinen Unterschied machen zwischen Militär oder Zivil. Aber auch ein Verteidigungskrieg würde ein Massenmord sein, das Glend verhüten vermögen. Doch um ein solches Massenleid zu verhindern, genügt nicht der organisatorische Pazifismus, sondern die Kriegsdienstverweigerung ist die einzige Möglichkeit. Aber auch der Generalsatz ist, der sich gegen die Verwüstung der Völker richtet, ist erlaubt, denn der Krieg wird jetzt in den Fabriken gemacht. Wer das menschliche Geschaffen kann, hat schon gesiegt; wir haben keine Soldaten mehr nötig, wie im alten Rom. Die Kriegsdienstpflicht in den Fabriken soll aber auch die Frau ausgedehnt werden.

Die Welt des Pazifismus ist eine Welt des Friedens und des Rechts. Sein schlimmster Feind ist der Nationalismus, daß man die Hände in den Schoß legt und es angrüßt, gegen den Krieg anzukämpfen. Alle, die es ernst nehmen mit dem Gedanken des allgemeinen Völkerfriedens, müssen sich mit ganzer Kraft für den Pazifismus einsetzen.

Kampftreibender Bemall dankte dem Redner für seine vorzüglichen Ausführungen.

Sturmische Arbeitslosenversammlung.

Massen-Demonstrationzug vor das Wohlfahrtsamt und die Regierung.

Der letzte Appell war für die Arbeitslosen Breslaus ein wichtiger Tag. In der vom Arbeitslosenrat in die Zentral-Schule auf der Westerstraße einberufenen Versammlung, in die als einziger Name die schon im Oktober erarbeitete und von der Regierung tolgewidmete „Wiederholung“ aufgeführt war, waren sie in Masse eingetreten. Der Saal stand sich bei weitem als zu klein, und der Zusatz wollte es, daß die früheren Mitglieder des Arbeitsloserrates, nämlich und Rädels mit ihrem Anhänger, die die ganze Arbeitslosenbewegung so gern in parteipolitisches, nämlich kommunistisches, Maßstab bringen möchten, noch außerhalb des Saales waren und fürchteten, daß sie in Masse hingestellt würden. Der Saal stand sich so, daß die früheren Mitglieder des Arbeitsloserrates, nämlich und Rädels mit ihrem Anhänger, die die ganze Arbeitslosenbewegung so gern in parteipolitisches, nämlich kommunistisches, Maßstab bringen möchten, noch außerhalb des Saales waren und fürchteten, daß sie in Masse hingestellt würden. Der Saal stand sich so, daß die früheren Mitglieder des Arbeitsloserrates, nämlich und Rädels mit ihrem Anhänger, die die ganze Arbeitslosenbewegung so gern in parteipolitisches, nämlich kommunistisches, Maßstab bringen möchten, noch außerhalb des Saales waren und fürchteten, daß sie in Masse hingestellt würden. Der Saal stand sich so, daß die früheren Mitglieder des Arbeitsloserrates, nämlich und Rädels mit ihrem Anhänger, die die ganze Arbeitslosenbewegung so gern in parteipolitisches, nämlich kommunistisches, Maßstab bringen möchten, noch außerhalb des Saales waren und fürchteten, daß sie in Masse hingestellt würden. Der Saal stand sich so, daß die früheren Mitglieder des Arbeitsloserrates, nämlich und Rädels mit ihrem Anhänger, die die ganze Arbeitslosenbewegung so gern in parteipolitisches, nämlich kommunistisches, Maßstab bringen möchten, noch außerhalb des Saales waren und fürchteten, daß sie in Masse hingestellt würden. Der Saal stand sich so, daß die früheren Mitglieder des Arbeitsloserrates, nämlich und Rädels mit ihrem Anhänger, die die ganze Arbeitslosenbewegung so gern in parteipolitisches, nämlich kommunistisches, Maßstab bringen möchten, noch außerhalb des Saales waren und fürchteten, daß sie in Masse hingestellt würden. Der Saal stand sich so, daß die früheren Mitglieder des Arbeitsloserrates, nämlich und Rädels mit ihrem Anhänger, die die ganze Arbeitslosenbewegung so gern in parteipolitisches, nämlich kommunistisches, Maßstab bringen möchten, noch außerhalb des Saales waren und fürchteten, daß sie in Masse hingestellt würden. Der Saal stand sich so, daß die früheren Mitglieder des Arbeitsloserrates, nämlich und Rädels mit ihrem Anhänger, die die ganze Arbeitslosenbewegung so gern in parteipolitisches, nämlich kommunistisches, Maßstab bringen möchten, noch außerhalb des Saales waren und fürchteten, daß sie in Masse hingestellt würden. Der Saal stand sich so, daß die früheren Mitglieder des Arbeitsloserrates, nämlich und Rädels mit ihrem Anhänger, die die ganze Arbeitslosenbewegung so gern in parteipolitisches, nämlich kommunistisches, Maßstab bringen möchten, noch außerhalb des Saales waren und fürchteten, daß sie in Masse hingestellt würden. Der Saal stand sich so, daß die früheren Mitglieder des Arbeitsloserrates, nämlich und Rädels mit ihrem Anhänger, die die ganze Arbeitslosenbewegung so gern in parteipolitisches, nämlich kommunistisches, Maßstab bringen möchten, noch außerhalb des Saales waren und fürchteten, daß sie in Masse hingestellt würden. Der Saal stand sich so, daß die früheren Mitglieder des Arbeitsloserrates, nämlich und Rädels mit ihrem Anhänger, die die ganze Arbeitslosenbewegung so gern in parteipolitisches, nämlich kommunistisches, Maßstab bringen möchten, noch außerhalb des Saales waren und fürchteten, daß sie in Masse hingestellt würden. Der Saal stand sich so, daß die früheren Mitglieder des Arbeitsloserrates, nämlich und Rädels mit ihrem Anhänger, die die ganze Arbeitslosenbewegung so gern in parteipolitisches, nämlich kommunistisches, Maßstab bringen möchten, noch außerhalb des Saales waren und fürchteten, daß sie in Masse hingestellt würden. Der Saal stand sich so, daß die früheren Mitglieder des Arbeitsloserrates, nämlich und Rädels mit ihrem Anhänger, die die ganze Arbeitslosenbewegung so gern in parteipolitisches, nämlich kommunistisches, Maßstab bringen möchten, noch außerhalb des Saales waren und fürchteten, daß sie in Masse hingestellt würden. Der Saal stand sich so, daß die früheren Mitglieder des Arbeitsloserrates, nämlich und Rädels mit ihrem Anhänger, die die ganze Arbeitslosenbewegung so gern in parteipolitisches, nämlich kommunistisches, Maßstab bringen möchten, noch außerhalb des Saales waren und fürchteten, daß sie in Masse hingestellt würden. Der Saal stand sich so, daß die früheren Mitglieder des Arbeitsloserrates, nämlich und Rädels mit ihrem Anhänger, die die ganze Arbeitslosenbewegung so gern in parteipolitisches, nämlich kommunistisches, Maßstab bringen möchten, noch außerhalb des Saales waren und fürchteten, daß sie in Masse hingestellt würden. Der Saal stand sich so, daß die früheren Mitglieder des Arbeitsloserrates, nämlich und Rädels mit ihrem Anhänger, die die ganze Arbeitslosenbewegung so gern in parteipolitisches, nämlich komm

Arbeitslosen die Parole ausgegeben worden war, fand am 1. Mai auf dem Schlossplatz, den sonst die Stahlhelmhelden gepachtet zu haben schienen, zu versammeln. Ganz kurz ging es dann auf die für alle Erwerbslosen so brennenden Fragen der Reichswehrkasse, der Rottandsarbeiten, des Handparcours und anderen Punkten ein und forderte, ob die bisherigen Resolutionen vergeblich waren, zu einem Demonstrationzug zum Wohlfahrtsamt und der Regierung auf.

Es bildete sich ein Mäzenat, an dem alle teilnahmen, denn die Sozi, eben gemeinsam, ließ hier die Gegenseite vorspielen. An der Sozi wurde ein Kliententransport getragen, das die Arbeit trug: "Wir fordern ohne Altersgrenzenbegrenzung Arbeit, Brot und Lohn." Hindenburg ist auch mit 78 Jahren erster Staatsbeamter geworden." Darauf folgten Frauen und Mädchen und hörten der endlose Zug der männlichen Arbeitslosen, für die kürzere Dekoration sorgte die Polizei, die dem Zug nicht weniger als fünf Seritten und ein Auto mit acht Schirmmännchen mitgegeben hatte. Der umgedrehte Zug, überall großer Zuspruch erregend, zog zunächst zum Ritterplatz vor das Wohlfahrtsamt.

Aus der Versammlung wurde eine Kommission von 15 Mitgliedern durch Zuret gewählt, welche dann im Namen des Wohlfahrtsamtes mit Stadtrat Kellbrenner und Bürodirektor Großpfeiffer verhandelten und das Ergebnis berichtete der Presse mitteilten. Daß keine Lebensmittel mehr abgegeben werden, klärten die Herren dahin auf, daß die Stadt seit dem 1. März keine besonderen Mittel mehr dafür dem Wohlfahrtsamt zur Verfügung stellt. Sehr wichtig war die leidige Wendung, nach der der Arbeitslohnrat von jetzt an alle Klagen und Beschwerden über das Wohlfahrtsamt in eine eigene Liste einzutragen wird, die dann zur Beantwortung und Bearbeitung dem Wohlfahrtsamt zugestellt wird.

Vom Ritterplatz ging der Zug zum Regierungsgebäude, wo der Ministerpräsident mit mehreren Regierungsräten den Abgeordnetenplädoyer vertrat, noch heute über die wichtigsten Punkte, Reichsbediße, keinen prozentualen Zug nicht vom Leidenschaftsverdienst, wenn derselbe nicht 12 Mark übersteigt. Auskunft des S. 4. per Brief nach Berlin zu berichten und am Montag dann die Anträge mitzuteilen. Hier war es besonders Frau Heinz vom Arbeitslohnrat, die in bewegten Worten um baldige Hilfe bat. Etwas trostlich klang auch die Mitteilung, daß in den nächsten Tagen der Staatssekretär des Wohlfahrtsministeriums in Breslau eintreffen wird, dem die breite Regierung das Ende der Breslauer Arbeitslosen recht eindringlich schreiben werde.

In schöner Ordnung läuft sich dann der Zug gegen 1 Uhr auf, der allen, die guten Willens waren, ebensoviel konnte, wie viel durch Einigkeit und Geschlossenheit erreicht werden könnte. Ein guter Abschluß nach einem bösen Anfang!

Ein Riesengesäß

fuhr gestern vormittag vom Rathause durch die Schmeiditzer Straße zur Stadt hinaus. Es war ein Autobus des "Somag". Der 70. Berliner fährt und den die Firma Vertrieben der Stadt und der Preise zu zwei Probefahrt angeboten hatte. Die geistige Freizeit führte zum dem Jodien herum nach Reichensack, dann über das Galgenbergs hügel nach Waldenburg, von da über Bad Schlema, Zwönitz, Zwönitz, Comis nach Dresden zurück. Der Wagen nimmt trotz seiner rießigen Ausmaße die höchsten Kurven, erklaffert mit Sicherheit die Kurven des Galgenbergs, fährt ebenso sicher wieder zu Tal und erregt überall das größte Aufsehen. Die vorgezeigten Zeiten würden prompt innergeholt, bis zuletzt auf dem Heimweg doch ein Seitenbepfer entdeckt und eine Verhaftung veranlaßt. Die Stadt Dresden hat bereits mehrere Wagen eines anderen Typs in Auftrag gegeben, die "Somag" oder hat sich nun als eine sehr ernsthafte Konkurrenz angemeldet. Alle Mitstreitenden und Sachverständigen lobten das Fahrzeug. Für den Bericht innerhalb der Stadt kommen indes nur kleinere Wagen in Frage; der am Sonnabend und Sonntag gefahrene Riesenwagen kann nur für die Vorortverbindung und den Ausflugsverkehr in Frage kommen.

Erdlich!

Erdlich ist die gründliche Verkehrsverbesserung an der Kreuzung der Öhlauer und Taschenstraße, der sogenannten Geschwisterkreuz, die was in Anbetracht des hier immer enormen Verkehrs von allen Befahren und Fußgängern mit Aufsehen begrüßt wird. So interessant die Arbeiten sind auch waren, Umlegung der durchquerenden Gas- und Wasserleitungsröhren, die Legung eines zweiten Schienenstranges für die Linie 6, die vom 1. Mai ab wieder ihren alten Weg nimmt, so ist die Freilegung dieses wichtigen Kreuzungspunktes für den Verkehr doch eine andre Erdigung. Des Kreisfeldes hat sich jetzt ganz auf die Poststraße verziehen, die in gleich energetischer Weise bearbeitet wird, so daß man hoffen darf, auch hier wird die Suddelei nicht zu lange dauern.

Erdlich erfreut man auch, und zwar durch die eben erwähnte Verkehrsverbesserung, etwas hört das Jeden so oft erwartete Projekt, die Straßenbahn vor der Taschenstraße aus durch die Poststraße zum Dominikanerplatz zu führen, zwecks direkter Verbindung des Odertors mit dem Hauptbahnhof. Man sieht nämlich wie ein Gleisrampe in den Ganggang der Poststraße mündet, an den sich je gegebener Zeit befindet die Gleisverbindung leicht löst. Daraufhin kann an eine Ausführung des Plans garantiert nicht gedacht werden, denn sonst hätte man ihn doch im beständigen Anhören an die jeglichen Arbeiten verhindert, um nicht in kürzer Zeit wieder die zerstörerische Suddelei aufzuschlagen. Die zahlreichen Gespräche, die von den Geschäftsführern und den beiden Kindern der Katharinenstraße wegen der Enge gelitten gemacht worden sind,

Graupenale vor dem Rathause die reizvollere Hand anzulegen. Wir berichtetet seinerzeit, indem wir gleich die Geschichte der Graupenale aufschrieben ließen, bei den Stützen des Rutenmanns von der Säule und daß der Sandstein, aus dem die Säule selbst besteht, auch schon morsch und brüchig ist. Seitdem sind mehr als zwei Monate ins Land gegangen, daß das spöttische Gericht die Staubfäule umgibt, ohne daß irgend eine Restaurierung vorgenommen wurde. Es fehlen, als dielte man wirklich diesen Stand für unseren altehemüdigten Ring wunderbar und passend. Seit Dienstag wird nur an dem Sandstein gearbeitet, die Schadstellen abgeschlagen und darf man also auch hier auf baldige Beendigung der Arbeiten rechnen.

Erdlich tauchen auch die langgezögerten Straßenbahnen wieder auf allorts auf. Es ist noch nicht lange her, daß gaben die Stadtvorordneten in schärfster Weise ihrer Ungebühr darüber Ausdruck, daß die geplanten Straßenbahnhallen noch immer nicht fertig seien. Bald darauf wurde das erste Wartehäuschen „ausfüllt“, und zwar in der Taschenstraße gegenüber der Liebigschule, das erst jetzt zur praktischen Verwendung kommt, da die vorbereitende Straßenbahnlinie wieder diesen Weg nimmt. Das Häuschen ist ein lustiger Glasbau, der einen verhältnismäßig kleinen, mit einer Bank versehenen Außenhalbkreis umschließt. Sehr bedurst werden die Wertheilchen vor den Osmer Friedhöfen und in Schlema, weil beide in ziemlicher Entfernung von den Häusern liegen. Die beiden zuletzt eröffneten Hallen sind die auf der Brunnens, Ecke Voigauer Straße, und die am Freiburger Bahnhofe. Daß sie stark in den Dienst der Reklame gezogen werden, braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden.

Jeder wird daraus besonders lernen können, wie notwendig zeitige und sachgemäße Behandlung bei diesen Krankheiten.

Vortragsabend.

(Literarische Gesellschaft „Der Osten“)

Die positiven Ausdrucksstücke, mit denen Arno Holz soeben trat, waren tüchtige Sprach- und Atemübungs-Gedächtnis, fleißiger eine gewisse ansprechende, bürgerliche Feitigkeit und eine Art mittleres Sentiment. Dieses Grundsatz der Vortragsart und ergibt Vermischung längst nicht beschwingt, nicht nervig-differenziert, nicht genug mit Arno Holz Süße und, wo es sich fetterlich droht, unfähig Tragik zu erlösen.

Frau Grete Gauert-Heil fehlt es vor allem an künstlerischer Verelagernheit. Sie erfüllt die Dichtungen, die vorträgt, alle aus nahezu gleicher Erfahrung und Streit, die sie zu durchdringen. Fehlgestaltungen und Monotonie der Folge.

Erdingly wies das Nebeneinander von Richard und Arno Holz auf, wie uralt schon nach Jahren intellektuelle Betrachtungen und Aufsätze in Form (Dreyfuss) anmuten, und wie blühend und jungwohl gleichzeitig an Jahren, echtes Gedicht eines ersten (Holz) bleibt.

Die Zuhörer dankten der Vortragenden durch Blumen.

Die Musik kommt.

Herr Geisler vom Schauspielhaus, der nicht mit dabei gestanden ist, gibt uns an, er sei nicht im Stachelschaden.

Die juristische Sprechstunde findet in dieser Woche Dienstag, den 5. Mai, nachmittags 3 bis 4 Uhr und Sonnabend, den 9. Mai, nachmittags von 5 bis 6 Uhr statt. Eingang Prinzipalplatz 3.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung von Monumentsquitting, erteilt. Schriftsätze werden nicht angenommen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold!

Banner 7. Heute, Montag, den 4. d. Mts., Versammlung im „Jägerhof“.

Banner 8. Heute, Montag, den 4. d. Mts., Monatsversammlung in der Turnhalle Unterseenstraße.

Banner 9. Dienstag, den 5. d. Mts., abends 7½ Zusammenkunft der Zug- und Kameradschaftsführer bei Osener Straße 2.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Unsere heutige Helferbesprechung fällt der Parteiversammlung aus. Dafür regeln wir die zuvor bereitgestellten Fragen vor Beginn oder nach Sitzung. — Wochenzeitung folgt morgen.

Sonntag 9. Striezelner Tor. Dienstag nachmittags 4½ Böhmer, Ecke Lehmgubstraße, für sämtliche Kinder Reihe-Spiele; Donnerstag Einübung von Rollenspielen für die älteren Freitag 4½ Uhr für die jüngeren Volksschule.

* Der große und kleine Saal des Gewerkschaftshauses in einigen Sonntagen im Mai und Juni noch zu vergeben.

* Gefunden wurde am 1. Mai im Restaurant des Gewerkschaftshauses ein Lohnbeutel mit Inhalt. Der Besitzer ihn gegen Ausweis am Buffet in Empfang nehmen.

* Das Schulgeld für den Monat Mai wird zunächst unter Vorbehalt, nach den Sätzen von 10 Mark an die Schulen und 5 Mark an den Mittelschulen für das erheimliche Kind erhoben werden. Hierbei wird noch darauf hingewiesen, daß die Säke von 12 Mark usw. in Zeit vom 1. November 1924 bis 31. März 1925 im Einheitspreis mit der Stadtverordnetenverordnung erhoben worden und zu Lasten in dicker Höhe, also zu Recht erfolgt sind.

* Die Frist für die Anmeldungen zur Volkshochschule ist zum 3. Mai verlängert worden. Bis dahin werden meldungen werktäglich von 10—3 Uhr und 5—8 Uhr, Sonntags von 10—12½ Uhr im Volkshochschulamt, Münzstraße 16 II, eingegangen. Am 4. Mai beginnen die Lehrgänge, und es kann von diesem Tage an Anmeldungen nur noch ausnahmsweise lediglich werktäglich zwischen 7½ und 3½ Uhr angenommen werden.

* Vom Flugverkehr. Mit dem Flugzeug D 328 „Rebell“ landeten heute früh 7,50 Uhr drei Passagiere, die um 6 Uhr Gliwitz aufgeflogen waren. Mit dem Flugzeug D 359 „Bewölker“ flogen früh 8,15 Uhr fünf Passagiere von Breslau nach Berlin ab.

* Stadt-Theater. Montag: „Liebestraße“. Dienstag:

Barbier von Bagdad“.

* Rose-Theater. Täglich: „Romeo und Julia“.

* Thalia-Theater. Täglich: „Der wahre Job“.

* Spanispielhaus. Täglich: „Die Geliebte Sr. höh.“

* Freches Diebstahl. Sonntag, gegen 12 Uhr mittags, wird einer Milchhändlerin auf der Kronprinzenstraße von zwei jungen Leuten aus dem Ladenräumen ein sehr erheblicher Geldbetrag raffiniert rausgeföhrt. Die Diebe wurden verfolgt und einer konnte auf der Höhschenstraße in einem Hause gestellt und der Polizei übergeben werden.

Jeder Kaufmann lobt seine Ware. Aber wenn seine Ware nicht gut ist, dann wird sie nach einiger Zeit nicht mehr gekauft werden, weil sich das Publikum auf die Dauer nichts vormachen läßt. Wenn eine Ware lange Zeit und in der ganzen Welt abgesetzt wird, und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in immer riesigeren Mengen in der ganzen Welt verlangt wird, dann hat eine solche Ware den Beweis ihrer Existenznotwendigkeit, ihrer Güte, ihrer Preiswürdigkeit erbracht. Eine solche Ware ist Odol. Drei Jahrzehnte lang gibt es Odol in allen Ländern aller Erdteile. Der Verbrauch von Odol nimmt von Jahr zu Jahr riesigere Dimensionen an. Odol ist ein Kulturreichen geworden. Odol gehört der Welt.



einem Stundenlohn von 70 bzw. 72 Pf. in der Spalte wurde bestimmt, dass von den organisierten Holzarbeitern als ungünstig abgelehnt. Die Arbeitgeber hatten die Verbindlichkeit dieses Schiedspruchs beim Reichsarbeitsminister beantragt. Die darüber in Berlin geführten Nachverhandlungen führten im Einverständnis beider Parteien zu einem Vorschlag des Vertreters des Reichsarbeitsministers, wonach die Spikensöhne befreien sollen:

vom 4. April bis 8. Mai 70 Pf. — Zulage 8 Pf.
vom 9. Mai bis 16. Juni 73 Pf. — Zulage weitere 3 Pf.
vom 17. Juni bis 10. Juli 76 Pf. — Zulage nochmals 3 Pf.

Auf einer Konferenz von Vertretern der streitenden und ausgeworfenen Holzarbeiter wurde diesem Vorschlag zugestimmt. Von den abhängigen Breskauer Organisationen der Arbeitgeber wurde der Vorschlag ebenfalls angenommen und ist bereits die geschlossene Wiederannahme der Arbeit für Dienstag, den 5. Mai, vereinbart.

Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn.

Am 7. und 8. Mai werden im ganzen Reich rund 350 000 wahlberechtigte Arbeiter der Reichsbahn zur Entscheidung darüber aufgerufen, wer in der kommenden Wahlperiode ihre Interessen im Betriebe wahrnehmen soll. Dieser Wahl kommt erhöhte Bedeutung zu, weil es die erste allgemeine Neuwahl der Betriebsräte nach der Umwandlung der Reichsbahn in ein Gesellschaftsunternehmen ist. Es stehen zur Wahl rund 6400 örtliche Betriebsvertretungen bei den einzelnen Dienststellen der Werkstätten, 30 Bezirksbetriebsräte bei eben soviel Reichsbahndirektionen und der Hauptbetriebsrat bei der Hauptverwaltung in Berlin und der Gruppenverwaltung Bayern in München. Die Wahl dieser drei Arten von Betriebsvertretungen erfolgt gleichzeitig in einem Wahlgange.

Im Wahlkampf — der bereits seinen Höhepunkt erreicht hat — stehen sich leider immer noch vier Gruppen gegenüber, und zwar der freie geschäftliche Deutsche Eisenbahner-Verband (D.E.B.) als die weitaus größte und führende Organisation, die christliche Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (G.d.E.), der Allgemeine Eisenbahner-Verband (A.E.V.) Hirsch-Döderleiner Richtung und der Freie Eisenbahner-Verband (F.E.V.), eine mit großen Hoffnungen ins Leben gerufene Schöpfung von Max aus Graudenz.

Erfreulicherweise sieht sich auch bei den Eisenbahnlern in begrenztem Maße die Erfahrungen durch, dass nur der einzige Zusammenschluss in einer starken Gewerkschaft den notwendigen Schutz bieten kann gegen die brutalen Methoden und Gewaltmaßnahmen eines herrschsüchtigen Unternehmens. Die Eisenbahner haben diese von den oberen Bureaucraten willig übernommenen und zu einem raffinierten System ausgebauten Methoden am eigenen Leibe kennen gelernt und können täglich neue Erkrankungen auf diesem Gebiete bemerken. Mit dem Raub des Achtstundentages wurde ein rücksichtsloser Personalabbau eingeleitet. Ueberragend lange Dienstfristkeiten bei niedriger Entlohnung, Gedingeverschärfungen und "wissenschaftliche" Betriebsführung bei neu und mehrstufiger Arbeitszeit sind die Mittel, um die Arbeitszeit restlos auszupressen. Angewöhnlich starke Steigerung der Kranken- und Unfallziffern bilden den untrüglichen Beweis für untere Schädigungen. So kann es nicht weitergehen. Die Arbeitskraft, das wertvollste Gut der Menschheit, muss gegen Rauhbarkeit geschützt werden. Die Eisenbahner fordern deshalb sofortige Verkürzung der Arbeitszeit bei ausreichender und gerechter Entlohnung, Aufhebung der Personalaufbauregordnung und Einstellung des Personalabbauabbaues und damit Wiederherstellung der vollen Rechte aus dem Betriebsrätegesetz.

Der Kampf der Eisenbahner gegen Ausdeutung und Willkür für eine menschenwürdige Existenz und Ausbau der sozialen Rechte wird geführt vom Deutschen Eisenbahner-Verband. Die Eisenbahner wissen, dass der D.E.B. sowohl in der Inflationszeit wie in der Abbauperiode alles getan hat, was in ihren Kräften stand, um ihre Interessen wahrzunehmen und das Los der vom Abbau Betroffenen zu mildern. Der D.E.B. als die jüngste freie Gewerkschaft hat in dieser schweren Zeit, wie jeder Kenner der Verhältnisse zugeben wird, die Feuerprobe an längst bestandene. Die obere Verwaltungsbürokratie hat während der Dauer der Ermächtigungszeit im alten Weltstreit mit den Geheimräten der übrigen Reichsstädte jede sich bietende Gelegenheit wahrgenommen, um wichtige Positionen des allgemeinen Arbeitsschutzes für die Eisenbahner vorübergehend auszuheben oder ganz zu beseitigen. Wir erinnern nur an die Sozialierung des Einkommens bei Entlassungen in den Jahren unbilliger Kästen, die Benachteiligung von Schwangräubern und die ungewöhnliche Benachteiligung des Arbeitseintrittes durch das Reichsbahnamt vom 10. August 1924. Die Eisenbahner sind nicht gewillt, sich diese Ausnahme-Gesetzgebung auf die Dauer gefallen zu lassen.

Die mit guiem Erfolg heimende Märzbewegung der Eisenbahner — ihr Kampf um Verbesserung der Arbeitszeit und gerechten Lohn — hat gezeigt, dass ein hartnäckiger Gegner wie die Reichsbahn-Gesellschaft nur durch Einigkeit und Geschlossenheit zum Sieg geben gezwungen werden kann. Diese Bewegung hat auch Klärheit gebracht über den Charakter und den Kampfgeist der beteiligten Gewerkschaften. Die überwiegende Mehrheit der am Streik beteiligten Eisenbahner ist im D.E.B. organisiert. Die übrigen am Streik beteiligten Gewerkschaften haben in den vom Streik betroffenen Gebieten sehr wenig Mitglieder. Die Mitglieder des kommunalpolitischen Freien Eisenbahner-Verbandes waren fast in Berlin und in einzelnen Orten Sachsen durch den Kampf in Kielbernden gezogen. Sie spielen dabei kaum eine Rolle, wie wir vermuten wahrscheinlich aus dem Grunde, weil unser Streik mehr gehört als — ein großer Mund.

Es steht fest: Der D.E.B. hat bei diesem Kampfe sie auch bei allen früheren Bewegungen die Interessen der Eisenbahner mit Energie und Tatkraft wahrgenommen. Das wird auch in Zukunft bleiben. Wenn es gelingt, die Kräfte zu steigern, werden sich auch die Erfolge mehren. Grundgedanke für weitere Erfolge ist jedoch, dass mit der Zersplitterung endlich Schluss gemacht wird. Auch der letzte Eisenbahner muss wissen, dass es seine Pflicht ist, sich den kämpfenden Kollegen anzuschließen, dem Verband beizutreten und am Wahltag seine Stimme zu geben:

dem Deutschen Eisenbahner-Verband!

Partei-Betriebsräteausprägung nach der Maifeier.
Berlin, 5. Mai. (Gemeinsamer Draffbericht.) Die Direktion der beteiligten Partei-Betriebsgesellschaften hat etwa 2500 Mann des Personals der Straßenbahnen, Autobusse und den Untergründen, darunter sie den 1. Mai durch Arbeitsbeschaffung gefeiert haben, sowie die am 1. Mai durch Arbeitsbeschaffung gefeiert haben. Der Angeklagte, die am Sonnabend

Der Landesverband für das Holzgewerbe in Schlesien, Sig. Hirschberg hat aber am Sonnabend den Berliner Vorschlag abgelehnt und wies den Holzarbeitern zu, auf den dritten Teil dieses Vorschlags zu verzichten oder erneut darüber zu verhandeln. Das müsse von den organisierten Holzarbeitern grundsätzlich abgelehnt werden, und daraufhin ist nun vom Landesverband für ganz Schlesien (mit Ausnahme von Breslau) die Gesamtausprägung der Holzarbeiter ab 8. Mai beschlossen worden. Es ist dies das Werk von vier abtungsvollen Syndikats, welche getreulich der Parole der Arbeitgeberzentrale folgen und die Holzarbeiter Schlesiens als minderwertiger einrangieren als ihre Kollegen im Reich. Wirtschaftliche Erkenntnis und Verantwortung liegt sicher darin nicht, wenn diese Herren es wagen dem dritten Termint mit 76 Pf. in der Spalte oder wegen der Zulage von 3 Pf. zur Gesamtausprägung treiben. Die Holzarbeiter, die zu kämpfen versuchen, werden diesen Kampf aufnehmen, und für die wirtschaftlichen Schäden, welche daraus entstehen, sind allein die treibenden scharfmäherischen Kräfte im Landesverband für das Holzgewerbe Schlesiens verantwortlich.

Zusammenfassung unserer Bemühungen, durch Auszahlung unserer Zwischen Gewinne die Produkte unmittelbar an die Verbraucher bringen.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Klein-Gandau. Kameraden vom Reichsbanner! Republikaner! Das Lokal „Kaiser-Friedrich-Pal.“ Klein-Gandau, ist zu melden, da der Besitzer unserer Kameraden das Betreten des Lokals verweigert hat. Alle Kameraden vom Reichsbanner und Republikaner verfehlten noch wie vor im Voral bei Kamerad P. Gohl, Gerichtskreisamt, Klein-Gandau.

Dowitz. Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung der Vertreter wurde als einziger Punkt der Tagesordnung der Vorschlag für das Rechnungsjahr 1925 behandelt. Dergleiche schließt in Einschätzung und Ausgabe mit 50 931,87 Mark ab. Von den wichtigsten Titeln seien hier folgende genannt: Entschädigung des Gemeindeschreibers 2157 Mark, Gemeindereiner und Steuererheber 2175 Mark, für Schreiber 360 Mark, Amtsverordnungs- und Sandesvermögen 2800 Mark, Beleuchtung der Straßen 2200 Mark. Die Schulosten beziehen für die evangelische Schule 9000 Mark, für die katholische 2200 Mark. Für Feuerlöschzeuge sind 700 Mark vorgesehen; Feuerlöschzeuge sind mit 1000 Mark veranschlagt, während für Sport, Spiel u. dgl. 800 Mark eingesetzt wurden. Die Kreissteuern betragen 9633 Mark. Die Einschätzung soll sich wie folgt ergeben: Miete und Post 2071,50 Mark, Hundesteuer 1200 Mark (die Zahl der Herde ist stark zurückgegangen), Lufthafensteuer 2000 Mark Anteil an der Reichseinkommensteuer, 7460,20 Mark und diesen kleinen Einnahmen. Der Rat soll aufgedrängt werden durch Erhebung von 300 Prozent zur Gewerbesteuer. Von der jahrsprozentigen Belastung durch die Hauszinssteuer wurde Abstand genommen. Es wurde ferner noch beschlossen das Beleuchtungsnetz um weitere sieben Lampen zu erweitern und den Batteriewärter nach Tarif zu entlohen.

Krotzkow. Wahlmogelei für Hindenburg. Vor der Wahl wünschen die Deutschnationalen darum hin, dass sie es ja in der Stadt haben, die Wahl nach ihrem Willen zu beeinflussen, und die „Volkswacht“ macht mit Recht darauf aufmerksam, dass darunter nur Wahl möglich ist zu verstehen sei. Wie unverständlich auf dem Lande die Aktion von diesen nationalen Verbündeten betrachtet wurde, davon wissen wir ein Niedliches zu sagen, aber was sich in Krotzkow abspielt, hätten wir nicht für möglich gehalten. Kommt da in das Wahllokal die Witwe Klinke, ein altes Mutter von 70 Jahren, um ihr Wahlrecht auszuüben. Ein Mitglied des Wahlvorstandes will ihr den amtlichen Stimmzettel und den Umstieg ausständigen, aber zufällig erklärt die Frau Klinke: Ich brauche von Ihnen keinen Stimmzettel, ich habe schon einen geben Sie mir nur den Umschlag. Und zum großen Erstaunen aller Anwesenden zeigt sie einen amtlichen Stimmzettel, der mit einem Kreuz für Hindenburg versehen war, und den ihr der Gemeindevertreter schon am Tage vorher in die Wohnung geschickt hat. Der Stimmzettel wurde ihr abgenommen und wird es Sache des Landrats sein, festzustellen, wer der Wähler ist. Wir brauchen uns also nicht zu wundern, wenn Hindenburg gewählt wurde, denn wenn die Deutschnationalen nicht nur bündigem Flugblätter verteilen und verbreiten und mit gemeinsamen Lügen operieren, sondern auch befördliche Personen unter Belastung ihrer Amtspflicht hilfsbereit leisten, dann wissen wir, wie die Wahl möglich wurde.

Reinickendorf. Achtung! Wahlbelästigung! Am Sonnabend vor der Wahl wollten Partei, Gewerkschaft, Reichsbanner eine öffentliche Kundgebung auf dem Friedhof veranstalten. Die Reichsbanner brüder fühlten sich dadurch bestört und beschäftigten zu gleicher Zeit und Stunde eine ebensole Kundgebung. Daraufhin lud die Behörde die in Frage kommenden Organisationen an, Verhandlungsstätte und Landesjährling einen Reg. der alles andere als „Lösung“ war. Reinickendorf wird wohl die einzige Stadt Schlesiens sein, wo ein Tag vor der Wahl, und zwar von Sonnabend abend 5 bis 12 Uhr eine Sammlung gezeigt wurde, auf der weder die monarchistische noch die republikanische Propaganda entfallen werden darf. Die Vertreter der Arbeiterschaft trafen mit der Behörde Vereinbarung, dass der vorgesehene Fasching, wenn auch mit Beschränkungen, doch ausgeführt wurde. Am Sonntag morgen setzte sofort die Reichsbanner an hängen mit ihrer prahlserischen Propaganda ein. Ein Lastauto, beladen mit der Tuntelchen Kapelle, hämmerte Marschmusik. Ein weiteres Auto, beladen mit Stahlhelmlern, jugendliche Geister, denen man Kriegsbegeisterung von den Augen ablas und die oft sangen: „Sieger woll'n wir...“ stießen mit der Zeit auch den Reichsbrüder auf die Kernen. An den Wahllokalen standen Jungen vom Gymnasium, die die monarchistische Geige spielen.

Ein großer Teil der Schüler des hiesigen Gymnasiums betrieb eine Wahlpropaganda in deutschnationaler Sinne, die alles andere als anständig war. Viele republikanische Bürger waren die Frage auf: „Soll das Erziehungsamt unseres Gymnasiums sein?“ Wir wollen nicht so weit gehen und hierfür lediglich die Leitung und Lehrer des Gymnasiums verantwortlich machen, vielmehr Schulen tragen die Eltern, die auf solche Rüpel, welche später Volkszieher sein sollen, ancheinend schon gar kein Erziehungsrecht mehr ausüben können. Sollte lektoren in einem oder anderen Falle nicht auftreten, sondern haben die Eltern die Kinder zur Wahlzeit bestellen, dann sind die „gebildeten“ Kreise zu bedauern. Offiziell rügen wir heute das Benehmen der Gymnasiasten Kränzlein (Vater Beigeordneter der Stadt Neumarkt), Prasse, welche von den Anschlägen 1000 Mark. Hälfte davon entzogen und dem Wähler, die sie auf ihre Altershaftigkeit aufmerksam machen, in geradezu empörender Fröhlichkeit noch barum rammen.

Ein Flugblatt, betitelt: „Ist das ehrlich!“ (der Verleger jährt) liefern unsere Genossen sofort beispielnahmen. Werner wurde die Behörde ersucht gegen den Verleger wegen Preßvergehen Strafantrag zu stellen. — Als gegen Mittag das mit Mutt belegte Auto den Markt passierte, erhielten unsere Genossen die Polizei, festgestellt, ob der Chauffeur im Beisein eines Polizeihofs sei. Der arme Kerl hatte nicht die Berechtigung zu fahren, somit musste das mit Kapelle und Fahne bekleidete Auto die Stadtgrenze verlassen. Wie wir erfahren hat aber der Chauffeur die Anordnung der Polizei nicht befolgt, sondern das Auto soll im Laufe des Nachmittags auf einem Dorf vor der Polizei abstellen, dann sind die „gebildeten“ Kreise zu bedauern. Offiziell rügen wir heute das Benehmen der Gymnasiasten Kränzlein (Vater Beigeordneter der Stadt Neumarkt), Prasse, welche von den Anschlägen 1000 Mark. Hälfte davon entzogen und dem Wähler, die sie auf ihre Altershaftigkeit aufmerksam machen, in geradezu empörender Fröhlichkeit noch barum rammen. Ein Flugblatt, betitelt: „Ist das ehrlich!“ (der Verleger jährt) liefern unsere Genossen sofort beispielnahmen. Werner wurde die Behörde ersucht gegen den Verleger wegen Preßvergehen Strafantrag zu stellen. — Als gegen Mittag das mit Mutt belegte Auto den Markt passierte, erhielten unsere Genossen die Polizei, festgestellt, ob der Chauffeur im Beisein eines Polizeihofs sei. Der arme Kerl hatte nicht die Berechtigung zu fahren, somit musste das mit Kapelle und Fahne bekleidete Auto die Stadtgrenze verlassen. Wie wir erfahren hat aber der Chauffeur die Anordnung der Polizei nicht befolgt, sondern das Auto soll im Laufe des Nachmittags auf einem Dorf vor der Polizei abstellen, dann sind die „gebildeten“ Kreise zu bedauern. Offiziell rügen wir heute das Benehmen der Gymnasiasten Kränzlein (Vater Beigeordneter der Stadt Neumarkt), Prasse, welche von den Anschlägen 1000 Mark. Hälfte davon entzogen und dem Wähler, die sie auf ihre Altershaftigkeit aufmerksam machen, in geradezu empörender Fröhlichkeit noch barum rammen. Ein Flugblatt, betitelt: „Ist das ehrlich!“ (der Verleger jährt) liefern unsere Genossen sofort beispielnahmen. Werner wurde die Behörde ersucht gegen den Verleger wegen Preßvergehen Strafantrag zu stellen. — Als gegen Mittag das mit Mutt belegte Auto den Markt passierte, erhielten unsere Genossen die Polizei, festgestellt, ob der Chauffeur im Beisein eines Polizeihofs sei. Der arme Kerl hatte nicht die Berechtigung zu fahren, somit musste das mit Kapelle und Fahne bekleidete Auto die Stadtgrenze verlassen. Wie wir erfahren hat aber der Chauffeur die Anordnung der Polizei nicht befolgt, sondern das Auto soll im Laufe des Nachmittags auf einem Dorf vor der Polizei abstellen, dann sind die „gebildeten“ Kreise zu bedauern. Offiziell rügen wir heute das Benehmen der Gymnasiasten Kränzlein (Vater Beigeordneter der Stadt Neumarkt), Prasse, welche von den Anschlägen 1000 Mark. Hälfte davon entzogen und dem Wähler, die sie auf ihre Altershaftigkeit aufmerksam machen, in geradezu empörender Fröhlichkeit noch barum rammen. Ein Flugblatt, betitelt: „Ist das ehrlich!“ (der Verleger jährt) liefern unsere Genossen sofort beispielnahmen. Werner wurde die Behörde ersucht gegen den Verleger wegen Preßvergehen Strafantrag zu stellen. — Als gegen Mittag das mit Mutt belegte Auto den Markt passierte, erhielten unsere Genossen die Polizei, festgestellt, ob der Chauffeur im Beisein eines Polizeihofs sei. Der arme Kerl hatte nicht die Berechtigung zu fahren, somit musste das mit Kapelle und Fahne bekleidete Auto die Stadtgrenze verlassen. Wie wir erfahren hat aber der Chauffeur die Anordnung der Polizei nicht befolgt, sondern das Auto soll im Laufe des Nachmittags auf einem Dorf vor der Polizei abstellen, dann sind die „gebildeten“ Kreise zu bedauern. Offiziell rügen wir heute das Benehmen der Gymnasiasten Kränzlein (Vater Beigeordneter der Stadt Neumarkt), Prasse, welche von den Anschlägen 1000 Mark. Hälfte davon entzogen und dem Wähler, die sie auf ihre Altershaftigkeit aufmerksam machen, in geradezu empörender Fröhlichkeit noch barum rammen. Ein Flugblatt, betitelt: „Ist das ehrlich!“ (der Verleger jährt) liefern unsere Genossen sofort beispielnahmen. Werner wurde die Behörde ersucht gegen den Verleger wegen Preßvergehen Strafantrag zu stellen. — Als gegen Mittag das mit Mutt belegte Auto den Markt passierte, erhielten unsere Genossen die Polizei, festgestellt, ob der Chauffeur im Beisein eines Polizeihofs sei. Der arme Kerl hatte nicht die Berechtigung zu fahren, somit musste das mit Kapelle und Fahne bekleidete Auto die Stadtgrenze verlassen. Wie wir erfahren hat aber der Chauffeur die Anordnung der Polizei nicht befolgt, sondern das Auto soll im Laufe des Nachmittags auf einem Dorf vor der Polizei abstellen, dann sind die „gebildeten“ Kreise zu bedauern. Offiziell rügen wir heute das Benehmen der Gymnasiasten Kränzlein (Vater Beigeordneter der Stadt Neumarkt), Prasse, welche von den Anschlägen 1000 Mark. Hälfte davon entzogen und dem Wähler, die sie auf ihre Altershaftigkeit aufmerksam machen, in geradezu empörender Fröhlichkeit noch barum rammen. Ein Flugblatt, betitelt: „Ist das ehrlich!“ (der Verleger jährt) liefern unsere Genossen sofort beispielnahmen. Werner wurde die Behörde ersucht gegen den Verleger wegen Preßvergehen Strafantrag zu stellen. — Als gegen Mittag das mit Mutt belegte Auto den Markt passierte, erhielten unsere Genossen die Polizei, festgestellt, ob der Chauffeur im Beisein eines Polizeihofs sei. Der arme Kerl hatte nicht die Berechtigung zu fahren, somit musste das mit Kapelle und Fahne bekleidete Auto die Stadtgrenze verlassen. Wie wir erfahren hat aber der Chauffeur die Anordnung der Polizei nicht befolgt, sondern das Auto soll im Laufe des Nachmittags auf einem Dorf vor der Polizei abstellen, dann sind die „gebildeten“ Kreise zu bedauern. Offiziell rügen wir heute das Benehmen der Gymnasiasten Kränzlein (Vater Beigeordneter der Stadt Neumarkt), Prasse, welche von den Anschlägen 1000 Mark. Hälfte davon entzogen und dem Wähler, die sie auf ihre Altershaftigkeit aufmerksam machen, in geradezu empörender Fröhlichkeit noch barum rammen. Ein Flugblatt, betitelt: „Ist das ehrlich!“ (der Verleger jährt) liefern unsere Genossen sofort beispielnahmen. Werner wurde die Behörde ersucht gegen den Verleger wegen Preßvergehen Strafantrag zu stellen. — Als gegen Mittag das mit Mutt belegte Auto den Markt passierte, erhielten unsere Genossen die Polizei, festgestellt, ob der Chauffeur im Beisein eines Polizeihofs sei. Der arme Kerl hatte nicht die Berechtigung zu fahren, somit musste das mit Kapelle und Fahne bekleidete Auto die Stadtgrenze verlassen. Wie wir erfahren hat aber der Chauffeur die Anordnung der Polizei nicht befolgt, sondern das Auto soll im Laufe des Nachmittags auf einem Dorf vor der Polizei abstellen, dann sind die „gebildeten“ Kreise zu bedauern. Offiziell rügen wir heute das Benehmen der Gymnasiasten Kränzlein (Vater Beigeordneter der Stadt Neumarkt), Prasse, welche von den Anschlägen 1000 Mark. Hälfte davon entzogen und dem Wähler, die sie auf ihre Altershaftigkeit aufmerksam machen, in geradezu empörender Fröhlichkeit noch barum rammen. Ein Flugblatt, betitelt: „Ist das ehrlich!“ (der Verleger jährt) liefern unsere Genossen sofort beispielnahmen. Werner wurde die Behörde ersucht gegen den Verleger wegen Preßvergehen Strafantrag zu stellen. — Als gegen Mittag das mit Mutt belegte Auto den Markt passierte, erhielten unsere Genossen die Polizei, festgestellt, ob der Chauffeur im Beisein eines Polizeihofs sei. Der arme Kerl hatte nicht die Berechtigung zu fahren, somit musste das mit Kapelle und Fahne bekleidete Auto die Stadtgrenze verlassen. Wie wir erfahren hat aber der Chauffeur die Anordnung der Polizei nicht befolgt, sondern das Auto soll im Laufe des Nachmittags auf einem Dorf vor der Polizei abstellen, dann sind die „gebildeten“ Kreise zu bedauern. Offiziell rügen wir heute das Benehmen der Gymnasiasten Kränzlein (Vater Beigeordneter der Stadt Neumarkt), Prasse, welche von den Anschlägen 1000 Mark. Hälfte davon entzogen und dem Wähler, die sie auf ihre Altershaftigkeit aufmerksam machen, in geradezu empörender Fröhlichkeit noch barum rammen. Ein Flugblatt, betitelt: „Ist das ehrlich!“ (der Verleger jährt) liefern unsere Genossen sofort beispielnahmen. Werner wurde die Behörde ersucht gegen den Verleger wegen Preßvergehen Strafantrag zu stellen. — Als gegen Mittag das mit Mutt belegte Auto den Markt passierte, erhielten unsere Genossen die Polizei, festgestellt, ob der Chauffeur im Beisein eines Polizeihofs sei. Der arme Kerl hatte nicht die Berechtigung zu fahren, somit musste das mit Kapelle und Fahne bekleidete Auto die Stadtgrenze verlassen. Wie wir erfahren hat aber der Chauffeur die Anordnung der Polizei nicht befolgt, sondern das Auto soll im Laufe des Nachmittags auf einem Dorf vor der Polizei abstellen, dann sind die „gebildeten“ Kreise zu bedauern. Offiziell rügen wir heute das Benehmen der Gymnasiasten Kränzlein (Vater Beigeordneter der Stadt Neumarkt), Prasse, welche von den Anschlägen 1000 Mark. Hälfte davon entzogen und dem Wähler, die sie auf ihre Altershaftigkeit aufmerksam machen, in geradezu empörender Fröhlichkeit noch barum rammen. Ein Flugblatt, betitelt: „Ist das ehrlich!“ (der Verleger jährt) liefern unsere Genossen sofort beispielnahmen. Werner wurde die Behörde ersucht gegen den Verleger wegen Preßvergehen Strafantrag zu stellen. — Als gegen Mittag das mit Mutt belegte Auto den Markt passierte, erhielten unsere Genossen die Polizei, festgestellt, ob der Chauffeur im Beisein eines Polizeihofs sei. Der arme Kerl hatte nicht die Berechtigung zu fahren, somit musste das mit Kapelle und Fahne bekleidete Auto die Stadtgrenze verlassen. Wie wir erfahren hat aber der Chauffeur die Anordnung der Polizei nicht befolgt, sondern das Auto soll im Laufe des Nachmittags auf einem Dorf vor der Polizei abstellen, dann sind die „gebildeten“ Kreise zu bedauern. Offiziell rügen wir heute das Benehmen der Gymnasiasten Kränzlein (Vater Beigeordneter der Stadt Neumarkt), Prasse, welche von den Anschlägen 1000 Mark. Hälfte davon entzogen und dem Wähler, die sie auf ihre Altershaftigkeit aufmerksam machen, in geradezu empörender Fröhlichkeit noch barum rammen. Ein Flugblatt, betitelt: „Ist das ehrlich!“ (der Verleger jährt) liefern unsere Genossen sofort beispielnahmen. Werner wurde die Behörde ersucht gegen den Verleger wegen Preßvergehen Strafantrag zu stellen. — Als gegen Mittag das mit Mutt belegte Auto den Markt passierte, erhielten unsere Genossen die Polizei, festgestellt, ob der Chauffeur im Beisein eines Polizeihofs sei. Der arme Kerl hatte nicht die Berechtigung zu fahren, somit musste das mit Kapelle und Fahne bekleidete Auto die Stadtgrenze verlassen. Wie wir erfahren hat aber der Chauffeur die Anordnung der Polizei

